

Die österreichischen Bischöfe

9

Denk an die Tage der
Vergangenheit,
lerne aus den Jahren der
Geschichte!

Siebzig Jahre nach 1938



Im Rahmen ihrer Pilgerreise in das Heilige Land (4.–10. November 2007) besuchten die Mitglieder der Österreichischen Bischofskonferenz am 8. November 2007 die Gedenkstätte für die Opfer der Shoah, Yad Vashem, in Jerusalem.

An dieser Gedenkstätte hielt Kardinal Christoph Schönborn (im Bild mit Erzbischof Alois Kochgasser) eine viel beachtete Ansprache zum Gedenken an die Opfer der Shoah.

Die österreichischen Bischöfe

9

Denk an die Tage der
Vergangenheit,
lerne aus den Jahren der
Geschichte!

Siebzig Jahre nach 1938

Österreichische
Bischofskonferenz

Vom Generalsekretariat der Österreichischen Bischofskonferenz herausgegebene Druckschriften der Reihe »Die österreichischen Bischöfe«:

Heft 1: Sonntag und Feiertage in Österreich.

Hirtenwort der österreichischen Erzbischöfe und Bischöfe (2001)

Heft 2: Die Kirche auf dem Bauplatz Europa.

Stimmen der österreichischen Bischöfe zur Wiedervereinigung Europas (2002)

Heft 3: Versöhnte Nachbarschaft im Herzen Europas.

Erklärung der Österreichischen und der Tschechischen Bischofskonferenz (2003)

Heft 4: Mitteleuropäischer Katholikentag 2003/2004.

Hirtenbrief und pastoral-liturgische Texte zur Begleitung (2003)

Heft 5: Worte zum Anfang.

Joseph Kardinal Ratzinger – Papst Benedikt XVI. (2005)

Heft 6: Leben in Fülle.

Leitlinien für katholische Einrichtungen im Dienst der Gesundheitsfürsorge (2006)

Heft 7: Zugehörigkeit zur Katholischen Kirche.

Pastorale Initiativen in Zusammenhang mit dem Kirchenaustritt (2007)

Heft 8: Papst Benedikt XVI. in Österreich.

Apostolische Reise aus Anlass des 850-Jahr-Jubiläums von Mariazell (2007)

I M P R E S S U M

Medieninhaber: Österreichische Bischofskonferenz

Herausgeber: Generalsekretariat der Österreichischen Bischofskonferenz,

1010 Wien, Rotenturmstraße 2

Für den Inhalt verantwortlich: Msgr. Dr. Ägidius J. Zsifkovics

Redaktion: Mag. Walter Lukaseder

Fotos: APA/Roland Schlager (U2), Thomas Beranek (U3), Diözesanarchiv Wien (11, 41)

Grafik und Layout: Volker Plass, 1070 Wien

Druck: REMAprint GmbH, 1160 Wien

Wien, 2008

Inhaltsverzeichnis

- 4 **Zum Geleit**
- 5 **Denk an die Tage der Vergangenheit, lerne aus den Jahren der Geschichte! Siebzig Jahre nach 1938**
Erklärung der Österreichischen Bischofskonferenz
- 8 **Das Volk Israel lebt**
Ansprache des Vorsitzenden der Österreichischen Bischofskonferenz in Yad Vashem 2007
Christoph Kardinal Schönborn
- 10 **Vom März zum Oktober 1938**
Die katholischen Diözesanbischöfe und der Nationalsozialismus in Österreich
Maximilian Liebmann
- 27 **Kardinal Innitzer, die Juden und die Hilfsstelle für nichtarische Katholiken**
Annemarie Fenzl
- 43 **Die Würde des Menschen**
Gedenk-Ansprache in der Wiener Staatsoper am 13. März 1988
Franz Kardinal König

Zum Geleit

»Denk an die Tage der Vergangenheit, lerne aus den Jahren der Geschichte!« – Die bleibende Wahrheit dieser eindringlichen Worte aus dem Lied des Mose (*Dtn 32,7*) mahnt uns heute, 70 Jahre nach den Ereignissen im März 1938, an die Notwendigkeit des Erinnerns. Nur das Erinnern bringt ein tieferes Verstehen, ermöglicht Versöhnung und eröffnet Zukunft. Papst Johannes Paul II. hat daher die Kirche immer wieder auf die Notwendigkeit der »Reinigung des Gedächtnisses« hingewiesen – die sieben »Vergebungsbitten« beim denkwürdigen Gottesdienst am 13. März 2000 im Petersdom sind ein bleibender Auftrag für alle Söhne und Töchter der Kirche.

Es sind nur mehr wenige unter uns, die sich an jene Tage im März 1938 erinnern, die sowohl vom schrillen Jubel als auch von der stillen Ratlosigkeit und Angst vieler gekennzeichnet waren. Viele Fragen tun sich auf, wenn man auf diese Zeit und die danach folgenden Jahre bis zum Ende im Mai 1945 zurückblickt.

Die hier veröffentlichte Erklärung der Bischofskonferenz und die anderen Beiträge können nur einige Aspekte behandeln, die gerade auch in der öffentlichen Diskussion Bedeutung haben. Grundlegend dafür sind die Ergebnisse historischer Forschung, weswegen im Zentrum dieser Broschüre zwei Beiträge stehen, die einerseits das Verhalten des österreichischen Episkopats in der Zeit von März bis Oktober 1938 (insbesondere das Zustandekommen der so genannten »Feierlichen Erklärung« vom 18. März 1938) zum Gegenstand haben. Andererseits werfen sie ein Licht auf das nach wie vor wenig bekannte Wirken von Kardinal Theodor Innitzer im Zusammenhang mit der »Hilfsstelle für nichtarische Katholiken«.

»Es kann nicht unsere Aufgabe sein, gleichsam nochmals an die Brust jener zu klopfen, die damals gelebt haben. Wir müssen uns aufs Neue die Mühe machen, mitzudenken, mitzufühlen, mitzuleiden, mit den Menschen von damals«, hielt Kardinal Franz König bei seiner Gedenk-Ansprache vor 20 Jahren am 13. März 1988 in der Wiener Staatsoper fest. Das Reden über das, was gesche-

hen ist – immer und immer wieder – ist der vielleicht wichtigste Dienst, den wir gegen das Vergessen leisten können (vgl. Ansprache in der Gedenkstätte Yad Vashem am 8. November 2007). Wir müssen an die Tage der Vergangenheit denken, um für die Zukunft zu lernen.

+ Christoph Kardinal Schönborn

Christoph Kardinal Schönborn
Vorsitzender der Österreichischen Bischofskonferenz

Denk an die Tage der Vergangenheit, lerne aus den Jahren der Geschichte!

Siebzig Jahre nach 1938

Erklärung der Österreichischen Bischofskonferenz

70 Jahre nach den dramatischen Ereignissen des März 1938 gedenken die österreichischen Bischöfe vor allem der vielen, die auf Grund dieser Ereignisse verfolgt, eingekerkert, verschleppt und ermordet wurden. Unzählige wurden in den folgenden Jahren in den Tod gerissen oder vertrieben. Die Bischöfe laden die heute Lebenden ein, in dieses Gedenken an die Opfer einzustimmen. Glaubende tun dies im Vertrauen auf die Barmherzigkeit Gottes.

»Denk an die Tage der Vergangenheit, lerne aus den Jahren der Geschichte«, heißt es im Lied des Mose im Alten Testament (*Dtn 32,7*). Der Blick auf die Vergangenheit ist notwendig, auch wenn die Probleme von heute scheinbar ganz andere sind. Wie im Leben des Einzelnen ist auch im Leben der Völker das Vergangene wirksam, im Guten wie im Bösen.

Im März 1938 wurde Österreich als Staat von der Landkarte gelöscht. Ein Teil des Volkes jubelte, viele begrüßten den »Anschluss« an Deutschland, weil sie Österreich für nicht lebensfähig hielten, ein Teil des Volkes weinte, viele waren orientierungslos. Die Jahre davor hatten nicht dazu beigetragen, den Sinn für das Gemeinsame zu stärken.

Von den Nachgeborenen wird heute oft die Frage gestellt, warum damals, im März 1938, und in den sieben düsteren Jahren danach, die Christen – auch ihre Hirten – nicht stärker der Macht des Hasses, der Unmenschlichkeit und der Diktatur entgegengetreten sind. Der Versuch einer Antwort muss die kirchliche und die geistig-gesellschaftliche Situation in den Blick nehmen. Die Historiker haben seither viel zum tieferen Verständnis dieser Situation und ihrer vielfältigen Ursachen beigetragen.

Alle, die damals als Bischöfe, Priester, Theologen in der Kirche Verantwortung trugen, standen – wie jeder einzelne Gläubige – in der Spannung zwischen zwei Weisungen aus dem Neuen Testament. Auf der einen Seite das Wort aus dem Römerbrief: »Jeder leiste den Trägern der staatlichen Gewalt den schuldigen Gehorsam« (*Röm 13,1*), auf der anderen Seite das klare Petrus-Wort aus der Apostelgeschichte: »Man muss Gott mehr gehorchen als den Menschen« (*Apg 5,29*).

Immer wieder wurde um die richtige Gewichtung dieser beiden Worte gerungen, wie auch das Martyrium des Seligen Franz Jägerstätter bezeugt; sie bleibt eine Herausforderung für jeden, der seinen Glauben ernst nimmt. Das Zweite Vatikanische Konzil hat die Bedeutung jenes Gesetzes hervorgehoben, das von Gott dem Herzen des Menschen eingeschrieben ist: »Im Inneren seines Gewissens entdeckt der Mensch ein Gesetz, das er sich nicht selbst gibt, sondern dem er gehorchen muss und dessen Stimme ihn immer zur Liebe und zum Tun des Guten und zur Unterlassung des Bösen anruft« (*Gaudium et Spes Nr. 16*).

Diese »Stimme des Gewissens« muss wohl in Österreich – wie in anderen Teilen Mitteleuropas – durch die geistige Entwicklung seit den letzten Jahrzehnten des 19. Jahrhunderts bei vielen übertönt worden sein. Die absurde Ideologie des Nationalsozialismus kam nicht von ungefähr; sie baute auf einem verbreiteten Weltbild auf, das an die Stelle der Überzeugung von der gleichen Würde aller Menschen auf Grund ihrer Gottebenbildlichkeit rassistische, antisemitische, nationalistische und völkische Fantasien gesetzt hatte. In prophetischer Weise formulierte der österreichische Dichter Franz Grillparzer schon 1849: »Von Humanität durch Nationalität zur Bestialität.« In Österreich gab es aber auch vor

dem März 1938 viele warnende Stimmen – gerade aus dem Lager der Katholiken. Zu erinnern ist beispielsweise an Irene Harand, Dietrich von Hildebrand oder den Franziskanerpater Cyril Fischer. Sie entlarvten die NS-Ideologie als einen Kampf, der sich letztlich gegen Gott und auch gegen den Menschen richtete. Nach dem »Anschluss« wurden diese Stimmen gewaltsam zum Schweigen gebracht.

Heute – 70 Jahre danach – erinnern die Bischöfe an das Wort von Papst Johannes Paul II. im Rahmen seiner großen Vergebungsbite im Heiligen Jahr 2000. In seinem Aufruf zur »Reinigung des Gedächtnisses« hatte Johannes Paul II. die Kirche eingeladen, dass sie »vor Gott hinkniet und Verzeihung für die vergangenen und gegenwärtigen Sünden ihrer Kinder erfleht«. Johannes Paul II. sprach damals von »der objektiven Verantwortung, die die Christen verbindet, da sie Glieder des Mystischen Leibes Christi sind, und die die Gläubigen von heute dazu drängt – im Licht einer genauen historischen und theologischen Kenntnis – zusammen mit der eigenen Schuld auch die [Schuld] der Christen von gestern anzuerkennen. Auch wenn wir keine persönliche Verantwortung haben ..., tragen wir doch die Last der Irrungen und der Schuld derer, die uns vorangegangen sind. Die Verfehlungen der Vergangenheit anzuerkennen, trägt auch dazu bei, unsere Gewissen angesichts der Herausforderungen der Gegenwart wieder zu wecken.«

Gleichzeitig gilt die Dankbarkeit jenen Söhnen und Töchtern der Kirche, die bis in den Tod dem Evangelium treu geblieben sind, unter ihnen die Selige Sr. Restituta Kafka, der Selige Pfarrer Otto Neururer, Provikar Carl Lampert, Pater Franz Reinisch und Hans Karl Zessner-Spitzenberg. In Dankbarkeit ist festzustellen, dass es in Österreich seit mehr als 60 Jahren Freiheit, Demokratie, freie Meinungsäußerung und viel Wohlstand gibt. In dieser Situation sollte es leichter sein als vor 70 Jahren, die richtigen Entscheidungen im Blick auf das Gemeinwohl zu treffen.

Im Gedenken an jene, die damals den Mut hatten, gegen den Strom zu schwimmen, ermutigen die Bischöfe dazu, auch heute Bedrohungen der Menschenwürde entgegenzutreten.

Das Volk Israel lebt

Christoph Kardinal Schönborn *

Es ist schwer, an dieser Stätte das Wort zu ergreifen – hier, wo eigentlich jedes Wort verstummen sollte. Und doch ist das Reden über das, was geschehen ist – immer und immer wieder –, der vielleicht wichtigste Dienst, den wir gegen das Vergessen leisten können. Eli Wiesel hat einmal gesagt: »Wenn überhaupt etwas die Menschheit retten wird, dann ist es die Erinnerung.«

Wir erinnern uns hier an das unermessliche Leid des jüdischen Volkes. Wir erinnern uns an viele Fragen, die uns gerade als österreichische Bischöfe betreffen machen: Wir sind hier als Bischöfe eines Landes, in dem ein Adolf Hitler seine wahnsinnigen Ideen gelernt hat. Wir stehen hier in großer Betroffenheit und fragen uns, was war in der Geschichte unseres Landes, in den Köpfen und Herzen der Menschen unseres Landes, dass solche Ausgeburten des Bösen geschehen konnten. Und wir fragen uns, warum Gott so etwas zugelassen hat: »Wo warst Du, Gott? Wo warst Du, als Frauen und Kinder, alte und junge Leute in die Todeskammern geschickt wurden?«

Und wenn wir auch wissen, dass es darauf keine schlüssige Antwort gibt, so wissen wir eines mit Sicherheit: Es geht in letzter Konsequenz um Fragen an uns selbst: »Wo war der Mensch – und wo die Menschlichkeit –, als unseren Brüdern und Schwestern so Furchtbares zugefügt wurde? Und wo war Gott in uns?« Wir erinnern uns an diesem Ort an die Zeit tiefster Gottesferne – und auch daran, in welche Höllen eine »Welt ohne Gott« abzustürzen vermag.

Wir erinnern uns an das Wort des Propheten Jesaja: »Ihnen allen errichte ich in meinem Haus und in meinen Mauern ein Denkmal, ... einen ewigen Namen gebe ich ihnen, der niemals getilgt wird.« Mag auch die Asche ungezählter gepeinigter, entwürdigter, ermordeter Menschen in alle Winde zerstreut sein und kein Stein mehr von ihnen künden – nichts ist verloren und nichts ist vergessen vor

* **Kardinal Christoph Schönborn**, Erzbischof von Wien und Vorsitzender der Österreichischen Bischofskonferenz, hielt diese Ansprache in der Gedenkstätte für die Opfer der Shoah, Yad Vashem, Jerusalem, am 8. November 2007, im Rahmen der Pilgerreise der Österreichischen Bischofskonferenz in das Heilige Land (4.–10. November 2007).

Gott, keine Träne, kein Leid. Aber auch nicht das viele stille verborgene Gute, das es inmitten des Grauens gegeben hat – und das es immer geben wird.

Die »Allee der Gerechten unter den Völkern«, durch die wir hierher gekommen sind, erinnert uns inmitten eines Meeres von Versagen und Schuld an ein Licht der Hoffnung. Diese Allee sagt uns: Selbst in der Finsternis der Shoah gab es Menschen – auch Christen –, die sich der Bestialität widersetzt haben. Freilich: Auch wenn in dieser Allee nicht wenige österreichische Namen verzeichnet sind – es waren einfach zu wenige, zu wenig Gerechte.

Es ist nicht ein Zufall, dass wir heute – am Vorabend des Gedenkens an die Novemberpogrome des Jahres 1938 – hier in Yad Vashem in Trauer, Bestürzung und Schande vor dem ganzen Ausmaß dessen stehen, was bereits in jener schrecklichen Mord- und Brandnacht offenkundig geworden war und was dann – auch wegen menschlicher Schwäche, Feigheit und Angst – ins Unermessliche wachsen könnte.

Die Geschichte unserer österreichischen Heimat – und damit auch die Geschichte der katholischen Kirche in unserem Land – ist in diesem Zusammenhang ein Gemenge von enormer Schuld, aber auch von Mut und Widerstand. Der selige Franz Jägerstätter und seinesgleichen waren – wir wissen es – einsame Leuchttürme – und sie blieben es auch dann noch, als die Diktatur längst zusammengebrochen war.

Im Evangelium des Apostels Matthäus gibt es ein furchtbares Wort Jesu: »Wehe Euch, Ihr Heuchler. Ihr schmücket die Denkmäler der Gerechten und sagt: Hätten wir in den Tagen unserer Väter gelebt, wir hätten uns nicht mitschuldig gemacht ...!« Das ist es, was uns immer zur Erinnerung zwingt: das Eingeständnis unserer Schwachheit und unserer Verführbarkeit.

Wenn wir nun das »Denkmal für die Kinder« besucht haben – gewidmet jenen eineinhalb Millionen ermordeten jüdischen Kindern –, dann erleben wir auf eine kaum beschreibbare Weise Trauer und Entsetzen, aber auch – so widersprüchlich das scheinen mag – Freude und Dankbarkeit. Es ist ein Sternenhimmel der Unendlichkeit – unter verbrecherischer Hand erloschen und doch nicht für immer der Dunkelheit und der Macht des Bösen preisgegeben. Wir sind aus dem Dunkel des Denkmals wieder ans helle Tageslicht gekommen. Am Ende dieses Denkmals steht der Blick auf Jerusalem. Wir glauben als Christen mit unseren älteren Brüdern und Schwestern an die Auferstehung. Wir glauben, dass kein Verbrechen das letzte Wort haben wird – und auch nicht der Tod. Denn die verbrecherische Vision, das Volk des Ersten Bundes auszulöschen, ist nicht aufgegangen: »Am Israel ha«, das Volk Israel lebt.

Vom März zum Oktober 1938

Die katholischen Diözesanbischöfe und der Nationalsozialismus in Österreich

Maximilian Liebmann*

Zeitzeuge Weinbacher

Zwischen dem im guten Glauben gemachten und von bester Absicht diktierten Versuch der österreichischen Bischöfe, mit dem NS-Regime friedlich auszukommen, und dem Pogrom durch den NS-Mob liegt ein halbes Jahr. Über diese Monate von März bis Oktober 1938 gibt es vom Sekretär und engsten Vertrauten Kardinal Innitzers, Jakob Weinbacher, eine aufschlussreiche tagebuchartige Aufzeichnung. Hier zunächst ein Auszug über die Märzereignisse:

»Am 14. März 1938 kam der Führer nach Wien. Vorausgegangen waren die Abdankung des Kanzlers Dr. Schuschnigg, die Bestellung der neuen Bundesregierung Dr. Seyß-Inquart durch den Bundespräsidenten, die Abdankung des Bundespräsidenten, womit alle Befugnisse des Staatsoberhauptes auf den Bundeskanzler übergingen, das Gesetz der Wiedervereinigung Österreichs mit dem Deutschen Reiche. Da demnach Adolf Hitler als der neue Staatschef anzusehen war, konnte bei seinem Eintreffen der Wiener Kardinal nicht umhin, davon Notiz zu nehmen. Es schien ein Höflichkeitsbesuch notwendig. Ein Geistlicher aus dem Freundeskreis des Botschafters von Papen erfuhr von diesem, daß man es für sehr wertvoll halte, wenn Kardinal Innitzer den Führer besuche. Papen und Seyß-Inquart brachten die Angelegenheit dem Führer vor. Die Vorsprache wurde für den 15. März um 9 Uhr eingeteilt. Der Herr Kardinal fuhr in Begleitung des schon erwähnten Geistlichen namens Jauner zum Hotel Imperial. Beim Aussteigen ertönten aus der Menge Pfuirufe und wüstes Pfeifen. Botschafter Papen empfing den Kardinal und äußerte seine allergrößte Befriedigung, daß Eminenz sich zu diesem Besuche entschlossen habe. Beim Gespräch mit dem Führer war nur

* Dr. Maximilian Liebmann ist emeritierter ordentlicher Universitäts-Professor für Kirchengeschichte und kirchliche Zeitgeschichte an der Katholisch-Theologischen Fakultät der Karl-Franzens-Universität in Graz und war von 1991 bis 1999 deren Dekan.



*Eines der zahlreichen Transparente bei der Kundgebung
am Heldenplatz am 13. Oktober 1938*

Hochwürden Jauner anwesend. Der Kardinal begrüßte zuerst den Führer und brachte ihm dann die Bereitschaft der Katholiken zum Ausdruck, loyal zum neuen Staate zu stehen. Der Führer äußerte sich befriedigt, die Kirche werde es nicht zu bereuen haben, wenn sie sich loyal zum Staate stelle. Wenn sich hier in Österreich eine gute Zusammenarbeit ergebe, was in Deutschland leider nicht gelungen sei, dann könne dieser religiöse Frühling sich auf das Altreich auswirken, wo die Fronten bedauernswerter Weise festgefahren waren. Die Unterredung dauerte etwa eine Viertelstunde. Beim Verlassen des Hotels wurden ähnliche Kundgebungen laut wie zuerst. Die diensttuende SS zerstreute die Menge.

Naturgemäß wollte der Kardinal von dieser Unterredung seinen Gläubigen Mitteilung machen. Ein kurzes Hirtenwort wurde verfaßt des Inhaltes, daß der Führer persönlich zugesichert habe, die Kirche werde ihre Treue gegenüber dem Staate nicht zu bereuen haben, die Gläubigen mögen, den geänderten Verhältnissen Rechnung tragend, sich loyal zum neuen Staate stellen, in der Seelsorge möge jedwede Politik vermieden werden. Dieser Aufruf wurde der Presse zugestellt, kam aber nicht in die Öffentlichkeit, da die Zeitungen, auch das Kirchenblatt, eine solche Veröffentlichung ohne Genehmigung der neuen Regierung nicht vornahmen. Der Kardinal wandte sich daraufhin brieflich an Gauleiter Bürckel mit der Bitte, den Aufruf veröffentlichen zu lassen, wobei der Kardinal

der Verwunderung Ausdruck verlieh, daß man seinen Aufruf zurückhalte, während der evangelische Oberkirchenrat und die Leitung der altkatholischen Kirche schon tags zuvor im Rundfunk ihre Stellungnahmen hatten veröffentlichten können. Daraufhin sandte am 16. März der Gauleiter seinen Adjutanten Klaus Selzner zum Kardinal mit dem Vorschlag, es möge eine Erklärung aller österreichischen Bischöfe abgegeben werden.«

Der Bürckel-Text

Der Bürckel-Text, den die Bischöfe zu ihrem machen, billigen und verlautbaren sollten – von unterschreiben ist noch nicht die Rede –, lautete:

»In einer Aussprache mit den österreichischen Bischöfen legte Gauleiter Bürckel die Arbeit und die Erfolge der NSDAP auf dem Gebiete des völkischen und wirtschaftlichen Aufbaues sowie der Sozialpolitik vor. Die Bischöfe gaben darauf folgende Erklärung ab:

a) Wir erkennen den Segen der Arbeit der NSDAP für das Deutsche Reich und Volk und namentlich für die ärmsten Schichten dankbar an, zumal ohne diese Arbeit der Bolschewismus bestimmt gekommen wäre.

b) Wir halten es daher für die Pflicht der Kirche, dafür zu beten, wofür die Partei arbeitet.

c) Wir werden uns am Tage der Volksabstimmung als Deutsche zum Reich bekennen und erwarten auch von allen gläubigen Christen, daß sie wissen, was sie ihrem Volke schuldig sind.

Wien, den 16. März 1938

Dr. BA.-Ht.«

Keine Zustimmung durch die Bischöfe

Bürckel brauchte keine Pastoralanweisung; was er brauchte, war ein Wort bzw. ein Aufruf zur Volksabstimmung. Innitzers Pastoralanweisung erwähnte diese Volksabstimmung aber nicht einmal, und so hielt Bürckel sie zurück und untersagte ihre Veröffentlichung. Stattdessen konzipierte er diesen Aufruf und ließ ihn durch Selzner dem Kardinal zustellen.

Dass Gauleiter Bürckel zur Bischofsversammlung kommen werde, konnte aus dem Einleitungssatz der den Bischöfen vorformulierten und damit zugemuteten Erklärung mit Recht erwartet werden. Vielleicht hat Bürckels Adjutant Selzner diese Teilnahmeabsicht seines Herrn dem Kardinal auch mündlich mitgeteilt. Kardinal Innitzer nahm zwar diese Bürckel-Erklärung entgegen, was Innitzers Amtskollege in München, Kardinal Michael Faulhaber, als dessen Grundfehler qualifizierte, *»aus dem sich alles andere entwickelte«*. Andererseits darf nicht

übersehen werden, dass Innitzer mit der Entgegennahme dieses Bürckel-Textes diesem keineswegs zustimmte. Im Gegenteil, er muss ihn als Zumutung empfunden haben, denn er bat am darauffolgenden Tag, dem 17. März, den aus Salzburg bereits angereisten Erzbischof Sigismund Waitz, einen Gegenentwurf zu erarbeiten. Während Innitzer dem Salzburger Metropoliten die Erstellung des Gegenentwurfes überantwortet hatte, erarbeitete er eine Liste von Beschwerden, die er am nächsten Tag Bürckel vorlegen wollte. So wappneten sich die Bischöfe, zumindest die beiden Metropoliten, für die erwartete Aussprache mit Bürckel, damit sie diesem entsprechend vorbereitet gegenüberreten könnten. Die Liste, die der Kardinal erstellte, enthielt »16 bis 18 Forderungen«, erinnert sich Innitzer 14 Tage später nicht mehr ganz genau.

Ein Gegenentwurf von Erzbischof Waitz

Erzbischof Waitz war sofort, nachdem Innitzer ihn über die Bürckel-Zumutung in Kenntnis gesetzt hatte, ans Werk gegangen und hatte einen Gegenentwurf zusammen mit Johannes Meßner, dem berühmten Professor für Ethik und Sozialwissenschaften an der Universität Wien, erarbeitet.

Wenngleich dieser Waitz/Meßner-Gegenentwurf bei der Bischofskonferenz ob seiner Länge keine Gnade fand, Waitz ihn also nicht durchbrachte, sei er doch nicht verschwiegen, zumal er in dieser ganzen Causa der einzige Erklärungstext ist, der kirchlich-österreichisches Umfeld miteinbringt, während alle anderen, im Büro Gauleiter Bürckels erstellten Texte ausschließlich dessen Geistigkeit atmen. Der Waitz/Meßner-Gegenentwurf, der unverkennbar auf Bürckels Entwurf basiert und von der Voraussetzung ausgeht, dass es auf der Bischofsversammlung eine Aussprache mit Gauleiter Bürckel persönlich gegeben habe bzw. geben werde, lautet:

»In einer Aussprache mit den österreichischen Bischöfen legte Gauleiter Bürckel die Arbeit und die Erfolge der NSDAP auf den Gebieten des völkischen und wirtschaftlichen Aufbaues sowie der Sozialpolitik vor. Die Bischöfe gaben darauf folgende Erklärung ab:

a) Mit aufrichtiger Anerkennung für das Wirken der NSDAP zum Wohle des Deutschen Reiches und Volkes und namentlich der ärmsten Schichten, sind die österreichischen Bischöfe den Darlegungen des Herrn Gauleiters Bürckel gefolgt und haben namentlich auch die Verdienste der NSDAP in der Abwehr der Gefahren des Bolschewismus gewürdigt.

b) Die Bischöfe begleiten dieses Wirken der NSDAP mit ihren Segenswünschen und ihrem Gebete und ermahnen auch die Gläubigen zum Gebete, daß Gottes Segen dieses Wirken begleite.

c) Die österreichischen Bischöfe legen Wert darauf festzustellen, daß für den Katholiken der Gehorsam gegen die staatliche Obrigkeit und die Treue zu seinem Volk sittliche Verpflichtung ist. Deshalb fordern sie die Katholiken zum freudigen Gehorsam gegen den Führer und Reichskanzler Adolf Hitler und die staatlichen Gesetze auf. Sie ersuchen aber auch, das Verhalten der Katholiken gegenüber der bisherigen staatlichen Obrigkeit aus den gleichen Gründen zu würdigen und ihnen dessentwegen keine Schwierigkeiten zu bereiten. Ihr Dank wird das freudige Bekenntnis zu Führer, Volk und Reich und der volle Einsatz ihrer Kräfte für die großen Ziele des Führers und Reichskanzlers sein.

d) Die österreichischen Bischöfe sind überzeugt, daß die in Aussicht genommenen Besprechungen über die Fragen, welche Kirche und Staat zugleich berühren, namentlich über die Frage der Jugendseelsorge, ein beide Teile voll befriedigendes Ergebnis erzielen werden.

e) Am Tage der Volksabstimmung werden wir uns selbstverständlich als Deutsche zum Reich bekennen und erwarten auch von allen gläubigen Christen, daß sie wissen, was sie ihrem Volke schuldig sind.«

Kein Zweifel, dieser Waitz/Meßner-Gegenentwurf wäre wesentlich günstiger gewesen als die »Feierliche Erklärung«, die die Bischöfe dann unterschrieben haben. Die Unterschiede in der Länge erscheinen außerdem unerheblich. Das Ersuchen im Punkt c) ist geschickt mit dem Gehorsam davor verknüpft, wenn nicht gar junktimiert. Der Punkt d) nimmt die neuen Machthaber beim Wort und beweist, dass Innitzer den Salzburger Erzbischof eingehend über sein Gespräch mit Hitler informiert hat. Ob dieser Aufruf je an den Plakatwänden von Lübeck bis nach Radkersburg affiziert worden wäre?

Wie kam es zur »Feierlichen Erklärung«?

Am 18. März traten die sechs Diözesanbischöfe im erzbischöflichen Palais zusammen und änderten zunächst den vorgelegten Bürckel-Text ab. Um 11 Uhr erschienen drei Herren von der Gauleitung. Die Bischöfe beschwerten sich sofort über die Behandlung des Erzbischofs von Salzburg, der in seinem Palais zwei Tage lang als Gefangener von einem SA-Mann Tag und Nacht in seinem Zimmer festgehalten worden war. Ebenso war der Fürstbischof von Graz, Dr. Ferdinand Pawlikowski, 24 Stunden lang wie ein Verbrecher im Gefängnis gewesen. – Im weiteren Verlauf der Besprechung wurde der von den Bischöfen abgeänderte Textentwurf Bürckels erörtert und schließlich den Emissären übergeben.

Der von den Bischöfen abgeänderte Text

»In einer Aussprache mit den österreichischen Bischöfen legte Gauleiter Bürckel die Arbeit und die Erfolge der nationalsozialistischen Bewegung auf dem Gebiete des völkischen und wirtschaftlichen Aufbaues sowie der Sozialpolitik dar. Die Bischöfe gaben darauf folgende Erklärung ab:

a) Wir anerkennen dieses Wirken der nationalsozialistischen Bewegung für das Deutsche Reich und Volk und namentlich für die ärmsten Schichten, zumal dadurch die Gefahr des Bolschewismus abgewehrt wurde.

b) Die Bischöfe begleiten dieses Wirken für die Zukunft mit ihren Segenswünschen und werden die Gläubigen in ähnlichem Sinn ermahnen.

c) Wir werden uns am Tage der Volksabstimmung als Deutsche zum Reich bekennen und erwarten auch von allen gläubigen Christen, daß sie wissen, was sie ihrem Volke schuldig sind.

Wien, am 18. März 1938.«

Bürckel war aber mit diesem nicht einverstanden und schickte die Emissäre mit einem neuen Text zu den noch versammelten Bischöfen zurück. Dort erklärte Selzner den erstaunten Oberhirten zunächst, Bürckel meine es sehr ehrlich und sei bereit, über die vorgebrachten Beschwerden der Bischöfe nach dem Abstimmungstag mit ihnen im Detail zu unterhandeln. Dann eröffnete Bürckels Adjutant den verdutzten Exzellenzen, dass der Gauleiter mit der Erklärung, die sie ihm hätten zukommen lassen, nicht einverstanden sei; schließlich habe er an der Besprechung überhaupt nicht teilgenommen, was aber in der Einleitung derselben zu lesen sei. Darauf zog Selzner die Erklärung mit der Überschrift »Feierliche Erklärung« und der neuen Einleitung aus der Tasche, verlas sie und stellte fest, dass eine Änderung unmöglich sei, Bürckel habe es nämlich sehr eilig, er sei beim Abflug nach Berlin zum Reichstag. Die Bischöfe sollten diese »Feierliche Erklärung« unterschreiben und am übernächsten Tag (20. März) in den Domkirchen und am Sonntag darauf (27. März) in allen Seelsorgestationen Österreichs verlesen lassen. Da die Bischöfe bloß deren innerkirchliche Verkündigung im Auge hatten, wo sie bei der Promulgation ohnehin noch das letzte Wort hätten, und da viele Wünsche im pastoralen Bereich der Erfüllung harrten, kamen sie dem Verlangen nach Unterzeichnung des »Bürckel-Oktroy«, der so genannten »Feierlichen Erklärung«, nach und unterschrieben. Man glaubte, den Versuch machen zu sollen, »in unwichtigen Sachen entgegenszukommen, um Größeres zu erwirken« (Waitz), mitzuhelfen, dass die Regelung des Verhältnisses zwischen Staat und Kirche im Frieden erfolge. Sie hatten hierbei nicht die geringste Ahnung,

dass sie damit dem NS-Regime *den* Wahlschlager für die geplante Volksabstimmung in die Hände spielten.

Die »Feierliche Erklärung« im Wortlaut

Die »Feierliche Erklärung«, unter die die sechs Erzbischöfe und Bischöfe Österreichs gutgläubig ihre Namenszüge setzten, lautete:

»Aus innerster Überzeugung und mit freiem Willen erklären wir unterzeichneten Bischöfe der österreichischen Kirchenprovinz anlässlich der großen geschichtlichen Geschehnisse in Deutsch-Österreich:

Wir erkennen freudig an, daß die nationalsozialistische Bewegung auf dem Gebiet des völkischen und wirtschaftlichen Aufbaues sowie der Sozial-Politik für das Deutsche Reich und Volk und namentlich für die ärmsten Schichten des Volkes Hervorragendes geleistet hat und leistet. Wir sind auch der Überzeugung, daß durch das Wirken der nationalsozialistischen Bewegung die Gefahr des alles zerstörenden gottlosen Bolschewismus abgewehrt wurde. Die Bischöfe begleiten dieses Wirken für die Zukunft mit ihren besten Segenswünschen und werden auch die Gläubigen in diesem Sinne ermahnen.

Am Tage der Volksabstimmung ist es für uns Bischöfe selbstverständliche nationale Pflicht, uns als Deutsche zum Deutschen Reich zu bekennen, und wir erwarten auch von allen gläubigen Christen, daß sie wissen, was sie ihrem Volke schuldig sind.

Wien, am 18. März 1938.«

Das Unbehagen wächst

Schon am selben Nachmittag (18. März) kamen Innitzer die ersten Bedenken. In einem Gespräch mit dem von Bürckel aus München angeforderten Pressereferenten des dortigen Reichsstatthalters, Dr. Josef Himmelreich, äußerte der Kardinal dezidiert den Wunsch auf Änderung oder Ergänzung der Erklärung. Offensichtlich stand hinter diesem Wunsch Innitzers bereits eine entsprechende Intervention des Nuntius, der tatsächlich spät abends am 18. März entsprechende »*ernste Vorstellungen*« machte und dem Salzburger Fürsterzbischof ins Gewissen redete: *»Ihr müßt unbedingt erwirken, daß eine Änderung erfolgt oder eine Ergänzung, eine Vorbemerkung oder ein Nachtrag.«*

Der Salzburger Erzbischof Waitz erstellte nun zwei Entwürfe »*als Vorbemerkung und als Nachtrag*« und legte sie am Montag, dem 21. März, dem Nuntius, der ihn erneut besuchte, vor. Der Nuntius wählte aus: Ihm »*gefiel der erste besser*«.

Bei der Besprechung im Parlamentsgebäude verlas nun Waitz diesen Text des Vorwortes zur »*Feierlichen Erklärung*«, wobei der aus Berlin zurückgekehrte Bürckel wiederum nicht zufrieden war. Seiner Meinung nach müsse das Vorwort etwas »*von der Sehnsucht nach dem großen Deutschen Reiche*« beinhalten und dürfe nicht »*allein den Charakter des Religiösen*« haben. Er bezog sich damit auf die vom Nuntius vorgeschlagene Formulierung: »... *unbeschadet der Rechte Gottes und der Rechte der Kirche* ...«.

Das Vorwort als zweites Bürckel-Oktroy

Statt des von den Bischöfen so dringend und nachdrücklich geäußerten Wunsches, das Vorwort müsse einen Satz enthalten, der die Anerkennung der Rechte Gottes und der Kirche verbaliter zum Ausdruck bringt, enthielt das von Bürckel verfasste Vorwort das berühmte Bibelwort: »*Gebet Gott, was Gottes ist, und dem Kaiser, was des Kaisers ist!*« Gegen ein Wort der Bibel konnten die Erzbischöfe Innitzer und Waitz schwer opponieren, und so unterschrieb – zwar widerwillig – auch Waitz, was der Kardinal und ehemalige Professor für neutestamentliche Bibelwissenschaft schon unterschrieben hatte. Somit wurde auch die vom Nuntius so dringend und nachdrücklich geforderte und urgierte Änderung oder Ergänzung oder Vorbemerkung zur »*Feierlichen Erklärung*« zu einem Bürckel-Diktat. Das heißt, analog zur »*Feierlichen Erklärung*« war selbst das »*Vorwort*« kein Text, der im Schoße der Kirche erstellt und erarbeitet wurde, sondern ebenso wie jener ein im Büro Gauleiter Bürckels verfasster Text.

Sein Wortlaut

»*Vorwort zur feierlichen Erklärung der österreichischen Bischöfe in Sachen der Volksabstimmung:*

Nach eingehenden Beratungen haben wir Bischöfe von Österreich angesichts der großen geschichtlichen Stunden, die Österreichs Volk erlebt, und im Bewußtsein, daß in unseren Tagen die tausendjährige Sehnsucht unseres Volkes nach Einigung in einem großen Reich der Deutschen ihre Erfüllung findet, uns entschlossen, nachfolgenden Aufruf an alle unsere Gläubigen zu richten.

Wir können das umso unbesorgter tun, als uns der Beauftragte des Führers für die Volksabstimmung in Österreich, Gauleiter Bürckel, die aufrichtige Linie seiner Politik bekanntgab, die unter dem Motto stehen soll: ‚Gebet Gott, was Gottes ist, und dem Kaiser, was des Kaisers ist.‘

Wien, am 21. März 1938.«

Der Hitlergruß

An diesem Montag, dem 21. März, war es auch, dass Dr. Himmelreich den Kardinal bat, das maschinschriftliche Begleitschreiben zur »*Feierlichen Erklärung*« vom 18. März zu verfassen und handschriftlich das »*und Heil Hitler*« nachzutragen. Himmelreich führte hierbei den Auftrag Bürckels aus, weil er meinte, wenn der Kardinal das tue, käme »*die so sehr erwartete Verständigung zwischen Staat und Kirche auf breiter Basis dadurch noch schneller zustande*«. Josef Himmelreich vermerkte außerdem in seinen persönlichen Erinnerungen noch: »*Bürckel ließ sich seine Kompromißbereitschaft anschließend ‚bezahlen‘, indem er den Kardinal durch mich bitten ließ, in dem der Erklärung beigegebenen Begleitschreiben den Führer ausdrücklich mit dem damals allgemein gültigen amtlichen Hitlergruß zu ehren, schon um den Eindruck des etwas sonderbaren nachträglichen ‚Vorwortes‘ bei diesem irgendwie abzuschwächen. Dieser Hitlergruß des Kardinals – ‚und Heil Hitler‘ hieß der wörtliche Text – hat im Inland wie im Ausland damals größtes Aufsehen erregt. Dieser Gruß ist also erst nachträglich auf besonderen Wunsch Bürckels hin dem Handschreiben beigelegt worden. Zunächst hatte der Kardinal Bedenken, diese Grußform zu verwenden, zumal er damals schon wußte, wie viele wackere Männer, auch Freunde von ihm, bereits vom Hitlerregime in ‚Schutzhaft‘ genommen worden waren. Ich selbst glaubte damals, die Bitte Bürckels an den Kardinal weitergeben zu sollen. Bürckel begründete seinen Wunsch dem Wiener Kardinal gegenüber mit der Bemerkung, daß Hitler die Absicht habe, bereits in allernächster Zeit nach Wien zu kommen, um den österreichischen Bischöfen seinen persönlichen Dank für ihre Kundgebung zum Anschluß zu sagen und eine entsprechende Friedenserklärung für Kirche und Staat abzugeben. Daher – so meinte Bürckel – sei eine besondere Grußgeste des Kardinals an Hitler in jeder Beziehung nur vorteilhaft.*

Ich übermittelte dem Kardinal diese Äußerung Bürckels im festen Glauben an ihre Zuverlässigkeit ... Übrigens glaubte ich damals noch dem Gauleiter trauen zu können, da er ja sein mir drei Jahre früher gegebenes Versprechen, Staat und Kirche aussöhnen zu wollen, auch durch meine Berufung nach Wien in gewissem Sinne eingelöst hatte. Außerdem war im Altreich der Hitlergruß durch manche Erlässe verschiedener Ordinariate dem Klerus empfohlen worden und dies wieder im Anschluß an den Erlaß des preußischen Ministers für Wissenschaft vom 22. Juli 1933.«

Der Kardinal, der österreichische Episkopat, um nicht zu sagen die Kirche, war mit diesem Brief, speziell des Grußes wegen, der damals zwar offiziell galt, vehementen Angriffen ausgesetzt, als das Begleitschreiben zusammen mit den

beiden anderen Schriftstücken (»*Feierliche Erklärung*« und »*Vorwort zur feierlichen Erklärung*«) überall im ganzen damaligen Deutschen Reich, von Lübeck bis nach Radkersburg, plakatiert, in den Zeitungen abgedruckt und als Flugblatt verteilt wurde. Niemand hatte dem Kardinal mitgeteilt, dass sein Hitlergruß dafür gebraucht werde.

Der genaue Text des Begleitbriefes:

»Wien, am 18. März 1938

Sehr geehrter Herr Gauleiter,

Beigeschlossene Erklärung der Bischöfe übersende ich hiemit. Sie ersehen daraus, daß wir Bischöfe freiwillig und ohne Zwang unsere nationale Pflicht erfüllt haben. Ich weiß, daß dieser Erklärung eine gute Zusammenarbeit folgen wird. Mit dem Ausdruck ausgezeichnete Hochachtung und Heil Hitler!

+ Th. Kard. Innitzer Eb.«

Dieses Begleitschreiben hatte mit seinem handschriftlichen »*Heil Hitler*« nur dann einen Sinn, wenn es zur propagandistischen Vermarktung verwendet wird, denn für die bloße Kirchenverkündigung der »*Feierlichen Erklärung*« war es höchst überflüssig. Innitzer scheint dies nicht registriert zu haben.

Propagandistische Ausnützung

Offensichtlich ahnte niemand – auch der Nuntius nicht –, dass Reichspropagandaminister Dr. Joseph Goebbels schon drauf und dran war, die drei Schriftstücke »*Feierliche Erklärung*«, »*Vorwort zur feierlichen Erklärung*« und Innitzers Begleitbrief zu einem Plakat zusammenzukombinieren und zu einem entsprechenden Wahlschlager hochzustilisieren. Am Montag, dem 28. März, einen Tag nach der Verlesung der »*Feierlichen Erklärung*« in den Kirchen, fielen nicht zuletzt die Bischöfe aus allen Wolken, als sie die Plakate mit ihren drei Schriftstücken, den so genannten März-Erklärungen, an die Litfaßsäulen affiziert sahen. Von Innitzers Begleitschreiben mit seinem handschriftlichen Hitlergruß hatte kein Bischof, auch Waitz nicht, eine Ahnung. Dass die Bischöfe jene »*Feierliche Erklärung*« unterzeichneten, im Glauben, »*den Versuch machen zu wollen, in unwichtigen Sachen entgegenzukommen, um Größeres zu erwirken, mitzuhelfen, daß die Regelung der Verhältnisse zwischen Staat und Kirche im Frieden erfolge*«, und dass sie diesen Glauben in völliger Unkenntnis der von Goebbels alsbald äußerst schlaue und rücksichtslos betriebene Propaganda hegten, zeigt zwar, dass sie in jener Stunde wirklich überfordert waren, aber auch, dass sie guten Glaubens gehandelt und in keiner Weise mit fliegenden Fahnen die Seite gewechselt hatten.

Ein Vergleich mit dem Verhalten Karl Renners

In diesem Zusammenhang drängt sich ein Vergleich mit dem Verhalten Dr. Karl Renners auf, der als großer Staatsmann Österreichs in die Geschichte einging. Renner wurde allerdings für sein Interview am 3. April 1938 weder von Bürckel irgendwie gedrängt, noch wurde ihm der Text seines Aufrufes, wie bei den Bischöfen, ins Haus geliefert:

»... Ich müßte meine ganze Vergangenheit als theoretischer Vorkämpfer des Selbstbestimmungsrechtes der Nationen wie als deutschösterreichischer Staatsmann verleugnen, wenn ich die große geschichtliche Tat des Wiederezusammenschlusses der deutschen Nationen nicht freudigen Herzens begrüßte ... Als Sozialdemokrat und somit als Verfechter des Selbstbestimmungsrechtes der Nationen, als erster Kanzler der Republik Deutschösterreich und als gewesener Präsident ihrer Friedensdelegation zu St. Germain werde ich mit Ja stimmen.«

Renner hatte sich von sich aus zum nationalsozialistischen Bürgermeister von Wien, Hermann Neubacher, begeben und gebeten: *»Ja, ich möchte Sie bitten, daß Sie mir die Möglichkeit verschaffen, entweder in der Zeitung oder in Aufrufen, die man auf Plakaten drucken könnte, die alten Sozialdemokraten Wiens in meinem Namen aufzurufen, am 10. April für Großdeutschland und Adolf Hitler zu stimmen.«*

Der geschäftsführende Vorsitzende der wissenschaftlichen Kommission des Theodor-Körner-Stiftungsfonds und Leopold-Kunschak-Preises zur Erforschung der österreichischen Geschichte 1918 bis 1938, Generaldirektor des Haus-, Hof- und Staatsarchives, Dr. Rudolf Neck, hat diese traurige Begebenheit bei einem Symposium des Dr.-Karl-Renner-Instituts folgend referiert: *»Renner war voll echter Begeisterung, da er im Anschluß das Ziel, das er als Staatskanzler in St. Germain vor Augen gehabt hatte, endlich erreicht sah, und er äußerte seine Bereitschaft, Neubacher bei der Volksabstimmung zu unterstützen. Er bot ihm sogar an, sein Bild auf Plakaten abdrucken zu lassen, mit einem Aufruf an die Arbeiterschaft, für den Anschluß zu stimmen. Dr. Neubacher und die anderen, die anwesend waren, vertraten die Ansicht, diese Sache nicht in Wien entscheiden zu können, man müsse eine Anfrage nach Berlin machen. Die Anfrage ging allerdings nicht nach Berlin, sondern nach München, wo man im Büro von Rudolf Hess die Meinung vertrat, daß ein solches Vorgehen zu dick aufgetragen wäre, aber man könnte das ganze innerhalb der österreichischen Presse lancieren und Interviews im Rundfunk der Ostmark senden. Und auf diese Art und Weise kam das bekannte Interview mit Renner zustande.«* Es kann also keine Rede davon sein, und Renner hat das selbst auch nie behauptet, dass dieses Interview zum Schutze der verhafteten jüdischen Genossen geschehen sei. Diese Version wurde erst viel später entwickelt.

Unverständnis und harsche Kritik im Vatikan

Um einerseits die in diversen Verhandlungen erzielten Ergebnisse und die Realisierung gemachter Versprechungen nicht zu gefährden, begann sich Innitzer immer nachhaltiger mit den so genannten März-Erklärungen zu identifizieren. Aufforderungen, zur Berichterstattung nach Rom zu kommen, wick er zweimal aus. Mit seinem Brief an Gauleiter Bürckel vom 31. März, der sogleich in den Zeitungen abgedruckt wurde und in dem der Kardinal ganz dezidiert erklärte, der episkopale Aufruf sei keine entspannende Geste gewesen und sei einzig und allein als »*Bekennnis unseres gemeinsamen deutschen Blutes*« zu werten, konnte der Vatikan keinen Pardon mehr. Beide Nuntien, Orsenigo von Berlin und Ciconani von Wien, traten postwendend in Wien amts handelnd auf und ließen keinerlei Zweifel aufkommen, wie ernst es dem Papst nun mit seiner dritten Aufforderung sei, dass Innitzer sofort nach Rom komme. In Rom unterzeichnete Innitzer zunächst die von Kardinalstaatssekretär Eugenio Pacelli verfasste Ergänzung der »*Feierlichen Erklärung*«, dann war Pius XI. überhaupt erst bereit, den Wiener Kardinal zu empfangen. Im Vatikan war Kardinal Innitzer harscher Kritik und Unverständnis ausgesetzt. Papst Pius XI. war über die »*Feierliche Erklärung*« regelrecht empört, und Pacelli soll von der beschämendsten Episode der Kirchengeschichte gesprochen haben.

Kaum nach Wien zurückgekommen, erlebte Innitzer eine andere Überraschung: Eine katholisch-nationalsozialistische Aktivistengruppe, die sich in der »*Arbeitsgemeinschaft für den religiösen Frieden*« gefunden hatte, bestürmte den Kardinal, nicht von der »*Feierlichen Erklärung*« abzurücken. Eine gewaltige Zahl von Kirchaustritten würde »*zur völligen Auflösung der kirchlichen Organisation*« führen, wenn er auf »*bestimmte Kräfte des Vatikans höre*«. Schließlich seien die österreichischen Katholiken verpflichtet, den »*tiefgläubigen Adolf Hitler zu unterstützen, der durch Taten christlicher Barmherzigkeit sehr viele Menschen mit Gott versöhnt hat*«. Wenige Tage darauf startete die besagte Arbeitsgemeinschaft eine österreichweite Kampagne mit erstaunlicher Resonanz, in der sie dem Kardinal und den Bischöfen insgesamt »*mit stolzer Freude und aus bewegtem Herzen*« für die »*Feierliche Erklärung*« vom 18. März dankte.

Ernüchterung

Die Wahl (10. April 1938) war vorüber, von der den Bischöfen in Aussicht gestellten Besprechung war keine Rede mehr. Es begannen die Aktionen gegen die Kirche und ihre Einrichtungen. Das Material wurde immer umfangreicher. Der Kardinal konnte endlich am 30. Mai eine Vorsprache beim Gauleiter erreichen.

Sie verlief anders als zwei Monate zuvor. Der Gauleiter sagte es ganz offen heraus, dass man eigentlich die Kirche gar nicht gebraucht hätte für die Wahl, man hätte die Stimmen auch so bekommen, die Beschwerden des Kardinals wurden bagatellisiert.

Allerdings saßen auf kirchlicher Seite nicht die Bischofsversammlung oder die beiden Metropoliten Innitzer und Waitz wie damals, sondern Innitzer allein, begleitet von seinem Sekretär Weinbacher, den NS-Potentaten gegenüber. Die Aussprache verlief unfreundlich und distanziert, und so deponierte der Kardinal den Wunsch: *»Ich möchte haben, daß ein Verbindungsmann kommt, so wie Himmelreich vor der Wahl.«* Dass Bürckel bei dieser von Innitzer geforderten Aussprache den Kardinal so herablassend behandelte und förmlich abkanzelte, hängt sicher mit der eine Woche davor (22. Mai) vollzogenen Mitteilung Hitlers an den – inzwischen auch zum *»Reichskommissar«* ernannten – Gauleiter Bürckel zusammen, dass das österreichische Konkordat nicht gelte bzw. als nicht existent zu betrachten sei.

Die Bemühungen um ein Abkommen

Ende Juni rief nun Bürckel, Innitzers Wunsch entsprechend, erneut Himmelreich telefonisch nach Wien und bat ihn, *»in Wien mitzuhelfen, den Kirchenfrieden unter Dach und Fach zu bringen«*. Am 29. Juni folgte Himmelreich Bürckels Ruf und fuhr zum zweitenmal nach Wien. Das Weitere soll uns kurz Himmelreich selbst erzählen:

»In Wien traf ich bei Bürckel Bischof Hudal aus Rom an, der mir bereits in München angekündigt worden war... Bei einer ersten Besprechung mit ihm in Bürckels Privatwohnung erklärte uns der Gauleiter nochmals, er möchte jetzt endlich den alten Wunsch des Kardinals Innitzer erfüllen. Zugleich forderte er mich auf, als ‚ehrlicher Makler‘ zwischen Kirche und Staat mein Bestes zu tun, um den religiösen Frieden zwischen beiden bald herzustellen...

Bürckel umriß kurz seine Gedanken über ein Abkommen und überließ Hudal und mir die nähere Abfassung. Nur bat er um möglichst kurze Formulierungen, da der neue Vertrag kein eigentliches Konkordat sein würde, sondern nur ein Dokument im Sinn eines Modus vivendi, das die wesentlichsten Rechte und Pflichten sowohl der Kirche wie des Staates und auch der Partei umreißen sollte...

Eine *»Abmachungsgrundlage«*

In der Nacht vom 29. zum 30. Juni arbeiteten Bischof Hudal und ich im Hotel Meißl & Schadn in Wien einen ersten Entwurf zu einem ‚Abkommen zwischen

Staat und Kirche in Österreich‘ aus. Dieser Entwurf fand nach kleinen Änderungen die Zustimmung Bürckels ...«.

Mit diesem von Bürckel ausdrücklich gutgeheißenen Text in der Tasche begab sich Himmelreich am Freitag, dem 1. Juli 1938, nachmittags verabredungsgemäß zum Kardinal. »*Innitzer gab*«, lautet Himmelreichs schriftlicher Bericht an seinen Auftraggeber, Gauleiter Bürckel, »*mir bei dieser Gelegenheit bereits die provisorische Unterschrift, durch die er sich mit dem Sinn des Abkommens einverstanden erklärte. Den vorliegenden Text betrachtete er als grundlegend für die endgültige Abmachung.*« Am nächsten Tag erhält Himmelreich vom Gauleiter den Auftrag, »*die katholischen Bischöfe, soweit sie zu erreichen seien, zu besuchen, um ihre Meinung zu dem vorgeschlagenen Friedensabkommen in Erfahrung zu bringen*«. Himmelreich reiste in Ausführung dieses Auftrages noch am selben Tag nach Salzburg ab und konferierte am nächstfolgenden Tag (Sonntag, 3. Juli) am Vormittag mit Fürsterzbischof Waitz. Dieser trug dem Beauftragten Bürckels einige sehr bestimmte Wünsche vor, »*so beispielsweise muß das Vorgehen gegen die Knaben- und Priesterseminare gründlich eingestellt werden, ferner muß die Abfallshetze unterbleiben und die antireligiöse Einstellung in den Schulen zurückgeschraubt werden und anderes Derartiges*«.

Während Kardinal Innitzer, Fürsterzbischof Waitz und Fürstbischof Adam Heftner (Gurk-Klagenfurt) nach einigem Zögern das Schriftstück unterschrieben – der Grazer Fürstbischof Dr. Ferdinand Pawlikowski weilte in Rom –, verweigerte der Linzer Bischof Gföllner dem verblüfften Unterhändler Bürckels unter Hinweis auf die bevorstehende Bischofskonferenz am 8. Juli glattweg die Unterschrift. Auch Dr. Himmelreichs deutlicher Wink, »*daß er, Bischof Gföllner, jetzt eine Gelegenheit habe, der Partei gegenüber eine positive Haltung anzunehmen, nachdem er früher in seinen Hirtenbriefen die Idee des Nationalsozialismus in keiner Weise anerkannt habe*«, verfiel beim Linzer Bischof nicht. Er blieb bei seinem Nein.

So lag der Bischofskonferenz eine leicht abgeänderte Abmachungsgrundlage zur Beschlussfassung vor. Die Änderung sollte kirchlichen Wünschen entgegenkommen und lautete nun: »*Bezüglich des Unterrichtsraumes für den Religionsunterricht sollen grundsätzlich im Eigentum des Staates befindliche Räume (Schulräume) zur Verfügung gestellt werden.*« Trotz dieses Zugeständnisses kam die Bischofskonferenz überein, »*wegen der großen Bedeutung der Angelegenheit Rom zu befragen und zugleich näher zu informieren*«, und betraute Erzbischof Waitz mit der Verhandlungsführung.

Der Pacelli-Entwurf

Waitz reiste bald darauf nach Rom und konferierte mit dem Kardinalstaatssekretär Eugenio Pacelli. »Dieser entschloß sich schließlich, über Nacht selbst einen Entwurf auszuarbeiten, der auch Papst Pius XI. vorgelegt wurde.« Mit diesem »Rom-Entwurf« war im Verhandlungsgang in Österreich eine heikle kritische Situation entstanden. Er wich nämlich nicht nur ganz erheblich von der so genannten Abmachungsgrundlage ab, sondern atmete auch einen wesentlich anderen Geist. Die Stornierung weiteren Unterhandelns stand vor der Tür. Da gelang es Himmelreich, »nach Fühlungnahme mit dem Reichskommissar, verschiedene Änderungen des Urentwurfes« – gemeint ist die Abmachungsgrundlage – »im Sinne der vatikanischen Anregung zu erreichen« und die »endgültige Fassung« zu erstellen.

Nach Kritik Roms – kein Vertragsabschluss

Die Fassung, die nun Himmelreich am 3. August Erzbischof Waitz überreichte und die Bürckel als endgültig ansah, sandte der Salzburger Erzbischof sogleich befürwortend nach Rom weiter. Die Antwort Roms, datiert mit 12. August 1938, im Auftrag des Papstes von Kardinalstaatssekretär Pacelli verfasst, war vernichtend. Sie war auf deutsch abgefasst und lautete: »Wenn der H. H. Episkopat einstimmig glaubt, in Anbetracht der augenblicklichen örtlichen Gesamtlage und aus Gründen, die dem Heiligen Stuhl im einzelnen noch nicht vorliegen, die Annahme des neuesten Entwurfes mit seinem Gewissen vereinbaren zu können, so handelt er auf seine eigene und ausschließliche Verantwortung. In solchem Fall ist die im letzten Absatz vorgesehene Bezugnahme auf die unterstellte Zustimmung des Heiligen Stuhles zu streichen.« Damit war eine Unterschrift von Seiten des österreichischen Episkopates natürlich völlig undenkbar. So beschloss der Episkopat auf seiner Konferenz am 19. August 1938 statt der ins Auge gefassten Vertragsunterzeichnung die Einstellung der weiteren Verhandlungen. Innitzer replizierte Pacelli: »In Vertragsangelegenheiten sind die Würfel gefallen, die uns gelegte Schlinge ist zerrissen.« Unterhändler Himmelreich, der über die Antwort aus Rom in Unkenntnis gelassen wurde, konnte sich dieses nicht erklären und setzte alles daran, um doch noch zu einem Vertragsabschluss zu kommen. Am 7. September 1938 musste auch er das endgültige Scheitern der Verhandlungen zur Kenntnis nehmen und bat Gauleiter Bürckel um »sofortige Entlastung«.

Jugendfeier und Überfall

Das Bemühen der Bischöfe, mit den neuen Machthabern ein erträgliches Nebeneinander herbeizuführen, war also endgültig gescheitert. Die Folgen blieben nicht aus. Über diese entscheidenden Geschehnisse um den 7./8. Oktober 1938 zu berichten, ist wohl niemand berufener als wieder Jakob Weinbacher, dem damals nur durch besonders glückliche Umstände der Hinunterwurf vom Fenster auf die Straße und damit wahrscheinlich der Tod erspart geblieben ist.

»Noch immer war die Lage ernst deswegen, weil der Klerus im allgemeinen besser behandelt wurde als die katholischen Laien. Man mußte darin ein System erblicken, es wurde ein Riß gezogen zwischen Hirten und Gläubigen. Das sollte nun durch ein Ereignis sich grundlegend ändern. Nachdem der Kardinal schon im September in Kirchsschlag vor einer großen Menge von Gläubigen in mutiger Form die Rechte der Kirche verteidigt hatte, nahm er die Gelegenheit wahr, am 7. Oktober 1938 im Stephansdom zu den etwa 7.000 jungen Leuten zu sprechen. Nach Beendigung der Andacht brachten die jungen Leute dem Kardinal auf dem Stephansplatz eine Ovation dar: ‚Wir wollen unseren Bischof sehen‘, es wurde das Herz-Jesu-Bundeslied gesungen. Am nächsten Tag, etwa um 20 Uhr, ließen sich Sprechchöre und Pfuirufe auf dem Stephansplatz vernehmen; bald darauf sausten die ersten Steine gegen sämtliche Fronten des Palais. Sofort wurde der Polizeinotruf betätigt, da zu befürchten war, daß die Demonstranten das Tor einbrechen könnten; die Polizei antwortete auf wiederholte Telephonanrufe, das nächste Kommissariat sei verständigt. Schon das war nicht in Ordnung, da bei Alarmruf sofort das Überfallskommando ausfährt. Nach einer viertelstündigen Belagerung mit Eisenstangen gab das schwere Eichentor nach. Die Demonstranten stürmten schreiend in den Hof und über die Hauptstiege hinauf in die Räume des Kardinals. Mit den schweren Messingstangen, die im Stiegenhaus den Teppich festhalten, beginnen sie die gesamte Einrichtung in vandalischer Weise zu zertrümmern. Die beiden Priester aus der Umgebung des Kardinals, Dr. Weinbacher und Jachym, hatten vorher den Kardinal ins Archiv, das durch eine schwere Eisentür verschlossen war, in Sicherheit gebracht, und dann sich am Eingang zur Hauskapelle aufgestellt, um das Heiligtum vor Verunehrung zu schützen, sie konnten auch nicht vorher das Allerheiligste an sich nehmen. Sie wurden in ein fortwährendes Handgemenge verwickelt. Inzwischen geht die Zerstörung in den Räumen weiter. Möbelstücke werden zertrümmert, wertvolle Bilder durchlöchert und zerfetzt, kein Fenster blieb ganz, alle religiösen Bilder, alle Kreuze wurden zerschlagen oder schwer beschädigt. Aus dem Zimmer des Kardinals wurden alle Kleider gestohlen, die Bischofskette mit dem Brustkreuz, die Ringe. Zeremoniär Jachym glaubt den Ruf zu vernehmen: Kardinal entdeckt,

und sucht ihm zu Hilfe zu kommen, doch erhält er einen Schlag mit einem Bronzeleuchter und muß auf sein Zimmer flüchten, wo er wieder den Polizeinotruf betätigt. Dr. Weinbacher wird inzwischen aus der Kapelle gezerrt, um aus einem Fenster auf die Rotenturmstraße gestürzt zu werden: im letzten Augenblick kommt dies nicht zur Ausführung. Dr. Weinbacher eilt wieder zur Kapelle und kann eine Schändung verhindern. Da ertönte plötzlich ein Ruf: Zurück, Polizei kommt. Die Eindringlinge, etwa 40 bis 50 an der Zahl, im Alter zwischen 14 und 25 Jahren verlassen ungehindert das Haus. Langsam kommen Polizisten, es wurde keine Verhaftung vorgenommen. Im Kurhaus Stephansplatz 3 war inzwischen eine andere Gruppe eingedrungen und hatte den Domkuraten Krawarik aus dem Fenster geworfen, der dann mit doppeltem Oberschenkelbruch bis Februar im Spital lag. Die zerstörten Räume im Palais wurden von der geheimen Staatspolizei photographiert und versiegelt. Das Palais wurde geschlossen, niemand durfte heraus, niemand hinein. Nur mit Mühe konnte der Kardinal am nächsten Tag in den Dom kommen – es war Sonntag –, um die heilige Messe zu zelebrieren. Am Sonntag erscheint auch der Nuntius zufällig in Wien, er nimmt von den Sachen Kenntnis, wird aber von der Polizei trotz seines Diplomatenpasses nicht in die Räume eingelassen. Er nimmt einen Beschwerdebrief des Kardinals an den Führer mit, der aber nie einer Antwort gewürdigt wurde.«

Die NS-Kundgebung und die Wende

In einer »gemeinen und brutalen Rede gegen den Kardinal« (Weinbacher) machte Gauleiter Bürckel in einer Kundgebung auf dem Heldenplatz am 13. Oktober Innitzer für die vorangegangenen schändlichen Ereignisse verantwortlich. Ein Demonstrationszug zog unter Pfuirufen am erzbischöflichen Palais mit Transparenten vorbei, auf denen zu lesen stand: »Innitzer und Jud, eine Brut«, »Die Pfaffen an den Galgen«, »Innitzer nach Dachau«, »Ohne Juden, ohne Rom, wird erbauet Deutschlands Dom«.

Die Staatsgewalt hatte sich »ganz auf die Seite der Demonstranten und Plünderer gestellt«. (Weinbacher)

Diese Ereignisse brachten die Wende. Das arg mitgenommene Palais war in den nächsten Tagen ein Ziel der Wiener, nicht nur der Schaulustigen, sondern wohl vor allem der Katholiken, die ihrem Bischof Solidarität und Betroffenheit bekundeten. »Bischof und Gläubige standen in einer Linie«, merkt Weinbacher dazu an.

Die Kirche Österreichs verschwand aus der Öffentlichkeit und regenerierte sich in den Katakomben neu.

Kardinal Innitzer, die Juden und die Hilfsstelle für nichtarische Katholiken

Annemarie Fenzl *

Ein zentraler Punkt des gesamten Themenbereiches »*Katholische Kirche und Nationalsozialismus in Österreich*« ist und bleibt das Schicksal der jüdischen Mitbürger unseres Landes in dieser Zeit. Christen können alles, was im Zusammenhang mit der Shoah geschehen ist, nur aus ganzem Herzen bedauern und tun gut daran, den Teil ihrer Mitschuld auch zu bekennen – jenen religiös verbrämten Antijudaismus, der zur Folge hatte, dass viele Christen, als es ernst wurde, einem national und rassistisch begründeten Antisemitismus nicht entschieden genug entgegengetreten sind. Juden und Christen haben in unserem Land eine leidvolle gemeinsame Geschichte, die immer noch vieler Aufarbeitung bedarf. Aber es muss auch gesagt werden dürfen, dass, was die Katholische Kirche betrifft, oft verkürzt – und damit nicht immer gerecht – geurteilt wird.

Von Nachgeborenen geschieht heute, oft unbedacht, eine Verurteilung einer ganzen Generation in Bausch und Bogen, ohne genügende Differenzierung, wie sie einer so schwierigen Zeit angemessen erscheint. Es hat aber immer auch »*eine andere Seite*« gegeben und diese aufzuzeigen, ist – auch im Sinne der Erarbeitung eines echten Friedens und möglichen Verzeihens – sehr wichtig.

Widerstand der »*Kirche als Institution*« und einzelner Katholiken

Hier ist zunächst ein Wort zum Widerstand der Katholischen Kirche am Platz. Die Definition des Begriffes »*Widerstand*« ist immer auf die konkreten Rahmenbedingungen des jeweils dazugehörigen Herrschaftssystems bezogen. So gesehen, war der totalitäre Herrschaftsanspruch die wichtigste Grundbedingung des Na-

* Dr. Annemarie Fenzl, langjährige Leiterin des Sekretariats von Kardinal Franz König, ist Diözesanarchivarin der Erzdiözese Wien.

tionalsozialismus. Daher lässt sich ein angemessener Widerstandsbegriff ohne Bezugnahme auf das Totalitäre der Alltagswirklichkeit des Dritten Reiches nicht verständlich machen. Grundsätzlich unterlag zwischen 1938 und 1945 in Österreich jedes Verhalten, das sich dem totalitären Erfassungszwang zu entziehen versuchte, einem – sicher unterschiedlichen – Risiko.

Allerdings ist der Widerstand der »*Kirche als Institution*« zu unterscheiden vom Widerstand des einzelnen Christen. Der Widerstand der Kirche als Institution war in seinen Grundzügen ein eher defensiver: Sie kämpfte um einen eigenen Freiraum für ihre Mitglieder und setzte allein dadurch der NS-Herrschaft Grenzen. So konnte sie auch als solche überdauern und Grundwerte bewahren im Bewusstsein der Menschen für die Zeit danach. Das war zugleich das Dilemma der Bischöfe von damals. Sie versuchten, den Freiraum zu bewahren, aber um welchen Preis? Andererseits: Wie viel geistiger Widerstand ging von dem schon im April 1938 durch Kardinal Innitzer begründeten Seelsorgeamt des Prälaten Rudolf aus, wo ein Otto Mauer in einer Zeit, da alle religiösen Vereine und Bildungsanstalten geknebelt waren, mit seiner Abteilung »*Religiöse Kultur*« mit ihrem unglaublich vielfältigen Angebot es sich zum Ziel gesetzt hatte, den inneren Widerstand der Menschen zu stärken? Und er hätte es nicht tun können, wenn die Autorität des Kardinals nicht hinter ihm gestanden wäre.

Eine reale Tatsache aber war wohl auch der Widerstand vieler einzelner Christen, zum Teil in katholischen und weltanschauliche Grenzen überschreitenden Gruppen vereinigt, die dem Ruf ihres Gewissens folgten. Nicht jeder konnte den richtigen Weg für sich selbst so klar erkennen wie Franz Jägerstätter. Seine Seligsprechung ist deshalb so wichtig, weil sie zeigt, dass die Kirche gelernt hat, ohne Furcht über das Problem der Konsequenz der im Römerbrief des Apostels Paulus thematisierten »*von Gott eingesetzten Obrigkeit*« zu sprechen, welche die Bischöfe von damals hinderte – obwohl sie Ideologie und Zielsetzungen des Nationalsozialismus eindeutig ablehnten –, die Berechtigung des Einzelnen zum aktiven Widerstand klar zu erkennen, ihn zu ermutigen und zu unterstützen. Ein daraus resultierendes Gefühl der Unsicherheit hat in der Folge dann leider auch den Umgang der Kirche mit jenen bestimmt, die ihren Widerstand gegen das verbrecherische Regime mit Kerkerhaft oder Konzentrationslager bezahlten. Andererseits gab die Seligsprechung Franz Jägerstätters auch Anlass, über den Respekt vor dem – sorgfältig gebildeten – Gewissen des Einzelnen nachzudenken, die »*verborgene Mitte und das Heiligtum im Menschen, wo er allein ist mit Gott*«.

Heute sind wir sehr froh über Nachrichten über Menschen – aus *allen* Lagern –, die den Mut und die Kraft hatten, offen und konsequent Widerstand zu leisten. Es ist aber nun einmal so im menschlichen Leben, dass nicht jeder ein Held sein kann. Für viele Menschen erforderte es schon Mut bis an die Grenze

ihrer Möglichkeiten, unter andauernder Bespitzelung, Essen zu einem »U-Boot« zu bringen oder Kleider und Brillen in die Hilfsstelle für nichtarische Katholiken des Kardinals. Aber sie haben es getan.

Zu wenig »Gerechte«?

In ihrem bekannten Buch mit dem bereits alles aussagenden Titel: »Zu wenig Gerechte« hat Erika Weinzierl, trotz scharfer Kritik an ihren Landsleuten, das rechte Mittelmaß nicht aus den Augen verloren. Unter der Kapitelüberschrift: »Aussagen zeitgenössischer Quellen« und »Gerechte« hat sie ausführlich und namentlich, soweit möglich, Menschen angeführt, die unter Einsatz ihres Lebens Juden in unterschiedlicher Weise geholfen haben. Liest man dort die oft unglaublichen Lebensgeschichten dieser Gerechten, dann wird einem klar: Für solche Menschen kann man nur dankbar sein, innerhalb eines Volkes, einfordern kann man eine solche Haltung nicht so einfach, schon gar nicht von dem sicheren, fußfreien Logenplatz aus, von dem aus wir heute das ganze dramatische Geschehen von damals glauben beurteilen zu können!

Was wir tun können, ist nur, immer wieder darauf hinzuweisen, dass alles getan werden muss, zu verhindern, dass Menschen vor eine Entscheidung gestellt werden, die die meisten von ihnen wahrscheinlich nicht bestehen können, weil sie sie überfordert. Und Erika Weinzierl schließt dann mit der doch irgendwie tröstlichen Schlussfolgerung, dass, so gesehen, auch in Österreich für die Zeit der nationalsozialistischen Judenverfolgung »weit mehr als die Zahl von 36 Gerechten« gelebt haben, die nach uraltem jüdischem Volksglauben in jeder Generation leben und durch ihre guten Taten für die Erhaltung und das Fortbestehen der Menschheit sorgen.

Und wenn auch angesichts des Ausmaßes der Verbrechen an den Juden eine Berufung auf noch so viele einzelne Gerechte nicht möglich ist, so ist ihre Erwähnung, wenn auch keine Rechtfertigung, so doch Beispiel und Mahnung. Die Erwähnung und Anerkennung des Lebensbeispiels der Gerechten inmitten der vielen, die es nicht zusammengebracht haben, »gerecht« zu sein, erscheint weit mehr dazu angetan, echte Reue und Willen zur Wiedergutmachung, im Hinblick auf die Zukunft hin, zu wecken und zu mobilisieren. In die Reihe dieser »Gerechten« gehören auch Kardinal Innitzer und seine Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen in der Hilfsstelle.

Die nationalsozialistische Ideologie machte aus den Juden Staatsfeinde – Hitler beschuldigte sie der »infamen Täuschung, ihr Judentum weniger zu betonen, dafür ihr Deutschtum in den Vordergrund zu stellen, obwohl die Rasse nicht in der Sprache, sondern im Blute« liege. Er nannte sie »Bastarde, deren Existenz die

Natur korrigiert, denn: in zahllosen Fällen, in denen die Rasse standhält, bricht der Bastard zusammen.« Somit stellte sich jeder, der Juden auch nur irgendwie unterstützte, automatisch gegen die Staatsgewalt.

Differenzierte Beurteilung – auch für Kardinal Innitzer

Das Problem fokussiert sich generell vor allem in der Person des damaligen Wiener Erzbischofs, Kardinal Theodor Innitzer (1932–1955), dessen seinerzeit mit »*Heil Hitler*« unterzeichnetes Schreiben, bis vor etlichen Jahren noch, in Yad Vashem, der Gedenkstätte des jüdischen Martyriums in aller Welt, in Kopie zu sehen war. Dieses Begleitschreiben zur so genannten »*Feierlichen Erklärung*« der österreichischen Bischöfe, datiert mit 18. März 1938, gerichtet an Gauleiter Bürckel, stempelte den Kardinal offenkundig – an dieser gewichtigen Gedenkstätte – zu einem Sympathisanten der Nazis und somit zu einem indirekt Mitschuldigen am schrecklichen Holocaust.

Es ist nicht anzunehmen, dass der Wiener Kardinal leichtfertig unter die Naziverbrecher eingereiht wurde; vielmehr steht der Verdacht im Raum, dass eine verkürzte Sicht der Dinge nur die eine Seite der Medaille aufzeigt. Von entscheidender Bedeutung ist es in diesem Zusammenhang, das Wissen von heute wohl zu unterscheiden vom Bewusstseinsstand von damals. Aufgabe einer seriösen Geschichtsschreibung wird es daher immer sein, Geschehenes und schwer Verständliches *aus der Zeit heraus* verständlich zu machen und durch vollständige und nicht selektive Interpretation der vorhandenen Quellen der Wahrheit so nahe als möglich zu kommen und so ein differenziertes Bild des komplexen Geschehens – positiv wie negativ – nachzuzeichnen.

Im Folgenden soll nun versucht werden, gewissermaßen auch die andere Seite der Medaille zu zeigen, von der her die Behauptung, Innitzer sei ein Feind der Juden gewesen, einfach falsch erscheint und die Haltung des Kardinals gegenüber den Machthabern klar und deutlich sichtbar wird.

Gerade am Beispiel von Kardinal Innitzer wird die von Prof. Liebmann vor Augen gestellte Kluft zwischen der Haltung der offiziellen Kirche als Organisation und der des einzelnen Christenmenschen deutlich. In Kardinal Innitzer fokussieren sich beide Extreme in einem einzigen Menschen.

Im Gegensatz zu zahlreichen anderen Christlichsozialen seiner Zeit war Theodor Innitzer nie ein Antisemit. Als Rektor der Wiener Universität hat er bereits im Juni 1929 jüdische Studenten vor Ausschreitungen und sogar tätlichen Angriffen deutschnationaler und nationalsozialistischer Studenten so energisch in Schutz genommen wie kein anderer Wiener Rektor der Zwischenkriegszeit. Die österreichischen Juden haben das schon damals anerkannt. Der Kardinal galt

schon vor 1938, um es in der Nazi-Terminologie auszudrücken, als »*Judenfreund*«. Das kam nicht zuletzt in der nicht nur in NS-Kreisen üblichen Verballhornung seines Namens »*Inser Unnitzer*« zum Ausdruck.

Die latent vorhandene Judenfeindlichkeit, auf die näher einzugehen hier wohl nicht notwendig ist, wurde im Zuge der Machtergreifung Hitlers in Deutschland am 30. Jänner 1933 neu entfacht. In Österreich versuchte man zunächst, die »*Judenfrage*« als offiziell nicht vorhanden zu betrachten. Dennoch wurden gelegentlich bereits Übergriffe auf jüdischen Lebensraum bekannt. Der Hirtenbrief der österreichischen Bischöfe vom 21. Dezember 1933 ist in diesem Zusammenhang besonders zu nennen. Elf Monate nach der Machtergreifung Hitlers stellen die Bischöfe den Grundirrtümern der NS-Lehre vier Grundwahrheiten gegenüber und verurteilen »*den nationalsozialistischen Rassenwahn, der zum Rassenhaß und zu Völkerkonflikten führt, ja führen muß ...*«.

Klare Worte des Kardinals gegen den Rassenhaß

Kardinal Innitzer, seit September 1932 an der Spitze der Erzdiözese Wien, nahm auch als Erzbischof von Anfang an eine entschieden »*judenfreundliche*« Haltung ein. Im Jahr 1933 kam es in Wien zur Gründung des Pauluswerkes. Dieses verfolgte ein doppeltes Ziel: Neben der Bekehrung der Juden zum Christentum sollten diese dadurch zugleich vor möglichen Verfolgungen geschützt werden. Als allerdings am Nürnberger Parteitag des Jahres 1935 die so genannten »*Rassengesetze*« verkündet wurden, schwand damit auch jegliche Hoffnung, sich vielleicht durch Konversion zu retten. Damit war eine deutliche Verschärfung der Judenverfolgung eingeleitet worden. Und die katholischen Nichtarier, Hitler nannte sie »*Bastarde*«, hatten mit Sicherheit kaum ein besseres, wohl eher ein schlechteres Los zu erwarten als ihre mosaischen Schicksalsgenossen.

In dieser Situation sagte Kardinal Innitzer anlässlich der Einweihung neu erworbener Räumlichkeiten des Pauluswerkes am 13. Februar 1936: »*Das Pauluswerk ist ein zeitgemäßes Werk. In einer Zeit, wo der Rassenhaß und die Vergötzung der Rasse ihre Triumphe feiern, ist es gut, wenn wir von der alten Kultur unseres Vaterlandes Österreich aus betonen, daß wir einen anderen Standpunkt einnehmen. ... Wenn Christus, der Herr, gesagt hat, sie sollen alle eins sein, so sind die Brüder im Judentum nicht ausgeschlossen. ... Wir werden die große Parole Gerechtigkeit und Liebe im Auge behalten, gerade in einer Zeit – ich sage das nicht Ihnen zuliebe, es sollte viel öfter gesagt werden –, in der den Juden das elementarste Naturrecht abgesprochen wird. In dieser Zeit sollen wir auf unsere Fahne schreiben, daß wir diese Auffassungen nicht nur nicht teilen, sondern sie so niedrig hängen, wie sie es verdienen.*«

Diese Worte, wiedergegeben in der Wiener Zeitung Nr. 44, vom 14. Februar 1936, spiegeln eine grundsätzliche Einstellung wider, welcher dann, als es notwendig wurde, auch die Tat folgte.

Bald nach der Besetzung Österreichs durch die deutschen Truppen in der Nacht vom 11. auf den 12. März 1938 traten auch hier die Nürnberger Gesetze in Kraft. Die Reaktion der Kirche erfolgte, den Umständen entsprechend, unmittelbar in Form von verschiedensten Einrichtungen zur Unterstützung der getauften Juden.

An dieser Stelle soll aber noch kurz die Beantwortung einer Frage versucht werden, die immer im Raum steht.

Gibt es einen unmittelbaren Zusammenhang zwischen dem Verhalten Kardinal Innitzers in jenen Märztagen des Jahres 1938 und dem Schicksal der Juden in der Folgezeit?

Offenbar wurde – zumindest von jüdischer Seite – hier ein Zusammenhang geortet. Diese Frage kann meines Erachtens nur negativ beantwortet werden: Mit ihrer gemeinsamen Erklärung vom 18. März 1938 haben die österreichischen Bischöfe offenbar – in ihrer Bestürzung über die eingetretene Lage, unter dem Eindruck erster Verhaftungen von Priestern und katholischen Laien – versucht, eine den außergewöhnlichen Umständen entsprechende kleinste gemeinsame Basis für eine Art Koexistenz zwischen Kirche und neuen Machthabern zu erreichen. Unter unaufrichtigen Voraussetzungen, auf fragwürdige Weise im Büro des Gauleiters Bürckel zustande gekommen – Maximilian Liebmann hat die Genese der »*Feierlichen Erklärung*« penibel dargelegt –, ist dieses Dokument, das alle Diözesanbischöfe unterzeichnet haben, dennoch sicher kein Ruhmesblatt, für die Bischöfe wohl Zeit ihres Lebens ein schmerzliches Ereignis. »*Wir Bischöfe haben keine Heldentat vollbracht!*«, schrieb der damalige Salzburger Erzbischof Waitz in sein Tagebuch.

Es ist aber dieses Dokument, samt dem Begleitschreiben Innitzers, dennoch unmittelbar abzukoppeln von dem furchtbaren Schicksal der Juden in der Folgezeit. Immer aus der Bewusstseinslage der Zeit heraus, muss man festhalten, dass zu diesem Zeitpunkt für den Kardinal in erster Linie die Sorge um das Schicksal vieler seiner Katholiken bestimmend war, die sich persönlich und schriftlich an ihn um Hilfe für ihre bereits in Haft befindlichen Angehörigen, vor allem katholische Aktivisten und Intellektuelle, gewandt hatten. Es ging dem Kardinal in erster Linie zunächst um die ihm Anvertrauten. Und – das muss gesagt werden – dazu gehörten in dieser Zeit nicht primär die jüdischen Mitbürger. Über ihre Grenzen hinauszusehen, hat die Kirche erst in der Folge schmerzlich gelernt.

Rascher Beginn der Hilfsaktion

Doch zurück zur Reaktion der Kirche auf die neuen, für die österreichischen Juden bedrohlich gewordenen Verhältnisse. Bereits im Mai 1938 richtete ein Jesuit, P. Bichlmair, eine Denkschrift an den Kardinal, worin er sich für eine großzügige und offizielle Hilfe für die bedrängten Juden, deren Lebensumstände sich von Tag zu Tag komplizierten, einsetzte. Sein Vorschlag, einen Verein nichtarischer Christen zu gründen, kam nicht zur Durchführung. Auch das Caritas-Institut sah sich auf Grund entsprechender Auflagen von Seiten der Gestapo nicht dazu in der Lage, getaufte Juden zu unterstützen. So kam es schließlich – bereits mit finanzieller Unterstützung durch den Kardinal – zur Gründung einer privaten Hilfsaktion – »*Aktion K*« – an der Universitätskirche, die, ständig überwacht, aber immerhin, ein Jahr lang relativ effizient arbeiten konnte.

Die Verhaftung und Ausweisung P. Bichlmairs im November 1939 war auch das Ende der Hilfsaktion in dieser Form. Ein Mitbruder P. Bichlmairs, P. Ludger Born, versuchte in der Folge, die private und dadurch sehr leicht angreifbare Aktion zwecks besseren Schutzes an das Caritas-Institut anzugliedern, was auch für kurze Zeit gelang. Die »*Erzbischöfliche Diözesanstelle für nichtarische Katholiken*« nahm mit 1. Juni 1940 ihre Arbeit auf, aber auch sie bekam bald Schwierigkeiten. Daher entschloss sich Kardinal Innitzer im Dezember 1940, die Hilfsaktion in seine persönliche Verantwortung zu übernehmen. Mit dem lapidaren Satz: »*Mehr als erschlagen können sie mich nicht!*«, stellte er ihr Räume in seinem Haus, im dritten Hof des damals bereits verwüsteten und notdürftig reparierten Erzbischöflichen Palais, zur Verfügung.

Er beauftragte P. Born offiziell mit der Leitung der »*Erzbischöflichen Hilfsstelle für nichtarische Katholiken*«, wie sie nun hieß – der Name wurde in Wien bald zu einem Begriff. Der Kardinal, der auch persönlich ständigen menschlichen Kontakt mit den Mitarbeitern und Schützlingen der Hilfsstelle hielt, trug ganz persönlich die Verantwortung für das Werk. In Briefen an den Nuntius, auch an den Papst, nannte er sie immer »*meine Hilfsstelle*«. Auf diese Weise war diese zugleich eher dem Zugriff der Gestapo entzogen, da man sich – wegen der Optik – doch scheute, solange es nicht unbedingt notwendig erschien, im Haus des Bischofs direkt einzuschreiten. Finanziert wurde die Hilfsstelle zum großen Teil aus Geldern, die der Kardinal unermüdlich auf verschiedenste Weise auftrieb, sowie von den Jesuiten und einigen anderen Klöstern, und auch von vielen Pfarren der Erzdiözese, die Geld und Naturalien brachten.

Dass der Einsatz für verfolgte christliche Nichtarier nicht ungefährlich war, zeigte sich in Berlin, wo im Jahr 1941 der dortige Dompropst Bernhard Lichtenberg wegen seines Einsatzes für die verfolgten christlichen Nichtarier und auch

für die Juden im Allgemeinen ins Gefängnis gehen musste. Damals übernahm der Bischof von Berlin, Konrad Graf von Preysing, die Leitung der Berliner Hilfsstelle mit den Worten: »*Ich riskiere jetzt keinen Domherren mehr. Nun soll man, wenn man weiter verhaften will, mich verhaften.*« Das wagte aber niemand.

Warum »*katholische Nichtarier*«?

Und zur immer wiederkehrenden, verständlichen Frage, warum nur »*katholische Nichtarier*«: Die Hilfsstelle stand grundsätzlich allen »*rassisch Verfolgten*«, ohne Rücksicht auf ihr Bekenntnis, zur Verfügung. Praktisch aber wandten sich Glaubensjuden, das heißt, Juden mosaischen Bekenntnisses, an die Israelitische Kultusgemeinde, von welcher sie auch unterstützt wurden. Nichtarier evangelischen Bekenntnisses wurden von der Schwedischen Mission, konfessionslose Nichtarier von der Society of Friends (Quäker) betreut. So ergab es sich also von selbst, dass die Hilfsstelle fast ausschließlich von nichtarischen Katholiken in Anspruch genommen wurde. Nach der Auflösung der anderen Hilfsorganisationen sprang aber bei Bedarf die Hilfsstelle ein.

Erste Tätigkeiten der Hilfsstelle in Wien

Im Gegensatz zu ihren beiden Vorgängerorganisationen hat sich von der Erzbischöflichen Hilfsstelle einiges an schriftlichem Material erhalten. Die alljährlich zusammengestellten, im Original von 1940 bis Kriegsende erhaltenen Tätigkeitsberichte geben einen umfassenden Überblick über die Art und das Ausmaß der Arbeit und der geleisteten Hilfe. Sie legen Rechenschaft über ein- und ausgegangene Geldsummen, über die Schule in der Grüngasse und über das Altersheim in der Töllergasse. Die Mitarbeiterinnen der Hilfsstelle waren zum größten Teil selbst jüdischer Abstammung. Die meisten von ihnen erwartete am Ende das gleiche Los wie jene, für die sie da waren. Indem sie also selbst betroffen waren, brachten sie auch ein größtmögliches Maß an Verständnis auf. Von den insgesamt 23 Mitarbeiterinnen, die von 1940 bis Kriegsende in der Hilfsstelle tätig waren, waren zwölf im Sinne der Nürnberger Gesetze Juden. Von ihnen wurden neun nach Polen bzw. Theresienstadt deportiert, eine einzige kehrte zurück. Drei Mitarbeiterinnen gelang die Flucht nach Argentinien. Die Arbeit der Hilfsstelle erstreckte sich – den Gegebenheiten und Anforderungen entsprechend – zunächst auf Auswanderungshilfe, dann auf Hilfeleistungen verschiedenster Art im Zuge der Deportationen, und darüber hinaus auf die allgemeine Fürsorge, die buchstäblich alle Bereiche des menschlichen Lebens umfasste. Das Wichtigste war aber wohl, neben all diesem, die seelische Betreuung der Ausgestoßenen.

Auswanderung

Bis zur zweiten Hälfte des Jahres 1941 war eine Auswanderung noch möglich. Daher nahmen Beratung und Hilfeleistung in allen Auswanderungsangelegenheiten einen breiten Raum ein. Die Auswanderung nahm in den ersten Monaten des Jahres 1941 ständig zu und steigerte sich schließlich auf 50 bis 60 Fälle täglich. In Zusammenarbeit mit anderen Hilfsorganisationen, mit der Schwedischen Mission, der Auswanderungshilfsaktion, in Kontakt mit dem St.-Raphaels-Verein in Hamburg sowie mit den übrigen katholischen Hilfskomitees wurden Kontakte nach Rom, Lissabon, New York und Buenos Aires herzustellen versucht. Diese Arbeit war mit größten Schwierigkeiten verbunden: beschränkte Ausreisemöglichkeiten überhaupt, Missverhältnis zwischen Angebot und Nachfrage bei den Schiffsplätzen, komplizierte Vorschriften bei der Beschaffung der notwendigen Dokumente. Besonders tragisch war auch, dass das größte Projekt scheiterte: 3.000 Visa, die Brasilien Papst Pius XII. in Aussicht gestellt hatte, verfielen, weil mannigfache Krisen in Brasilien die Ausstellung so lange hinauszögerten, bis es zu spät war.

Der Kardinal erkannte klar die Bedeutung der Auswanderung als einzige wirklich wirksame Rettungsmöglichkeit. Er steuerte aus eigener Tasche immer wieder große Geldsummen bei. Er versuchte, mit den nur ihm möglichen Mitteln mehr Möglichkeiten zur Auswanderung zu schaffen: Schon im Mai 1938 schrieb er an eine Reihe ausländischer Kardinäle um Hilfe, er förderte die Gründung der Beratungsstelle für katholische Auswanderer des Caritas-Instituts, und er brachte das Problem auch wiederholt in die Bischofskonferenzen. Die verzweifelte Lage, das offensichtliche Versagen auch kirchlicher Stellen im katholischen Ausland, die zunehmende bürokratische Erschwerung jeglicher Hilfeleistung veranlassten ihn schließlich, sich am 20. Jänner 1941 direkt an den Papst zu wenden. Dieser Briefwechsel macht die traurige Tatsache deutlich, dass letztlich nicht annähernd so viel geholfen werden konnte, wie es möglich gewesen wäre, weil eine Reihe von Faktoren die Hilfe sehr erschwert haben: die Devisenlage im Inland, die harten Ausreisebestimmungen, die Zurückhaltung des Auslandes gegenüber einer Einwanderung aus NS-Deutschland, die großen Widerstände mancher Länder gegen eine Einreise von Nichtariern, die große Unkenntnis auch im katholischen Ausland über das wirkliche Ausmaß der Judenverfolgung, über die Auswirkungen der Nürnberger Gesetze auch für Getaufte usw. So lieferten tatsächliche und künstlich herbeigeführte bürokratische Schwierigkeiten mitunter einen nicht unwillkommenen Vorwand, um immer wieder hier und dort Juden nicht aufnehmen zu müssen.

Am 25. Juni 1941 wurde der St.-Raphaels-Verein in Hamburg durch die Gestapo aufgelöst. Am 1. Oktober 1941 erfolgte durch Himmler das Verbot der Aus-

wanderung der Juden. Nach der hermetischen Schließung der deutschen Grenzen für jüdische Auswanderer im November 1941 trat als weiteres logisches Glied in der Kette der Maßnahmen zur Vernichtung der Juden die Deportation in die eroberten und besetzten Gebiete des Ostens in den Vordergrund. Juden aus ganz Europa wurden in der Folge dort unter den furchtbarsten Verhältnissen zusammengepfercht, die Arbeitsfähigen unter ihnen wurden bei unzureichender Ernährung bis zum Umfallen ausgebeutet. Die Maschinerie des industriellen Massenmordes wurde in Gang gesetzt.

Judenstern und Hirtenwort

Mit 1. September 1941 trat eine weitere für die konsequente Ausfindigmachung auch wirklich aller Juden, vor allem in der Anonymität der Großstadt, bestimmte, besonders niederträgliche Verordnung in Kraft: »*Die Polizeiverordnung über die Kennzeichnung der Juden.*« Allen Juden, die das 6. Lebensjahr vollendet hatten, war es fortan verboten, sich in der Öffentlichkeit ohne den Judenstern, der sichtbar auf der linken Brustseite des Kleidungsstückes fest aufgenäht zu tragen war, zu zeigen. Vergehen gegen diese Verordnung wurden mit Gefängnis und Deportation bestraft. Diese Maßnahme traf die jüdische Bevölkerung besonders hart. Viele trauten sich nicht mehr ihre Wohnungen zu verlassen, aus Furcht vor Belästigungen und Schikanen. Auch Tausende Katholiken jüdischer Abstammung waren davon betroffen. Viele blieben daraufhin dem Gottesdienst und Sakramentenempfang fern, um Unannehmlichkeiten aus dem Weg zu gehen. Mit Datum vom 17. September 1941 erließ Kardinal Innitzer daher ein Hirtenwort zu diesem Anlass, für dessen Inhalt er persönlich verantwortlich zeichnete. Dieses Hirtenwort, das dann auf Betreiben der Gestapo nicht verlesen werden durfte, das aber trotzdem zur Kenntnis genommen wurde, ist ein eindrucksvolles Zeugnis seiner Gesinnung und seiner Hirtensorge, nicht nur um die ihm anvertrauten nicht-arisches Katholiken, die durch die Taufe zu Brüdern und Schwestern geworden sind, wie er feststellt. Der Kardinal spricht in diesem Brief vielmehr, eindeutig und unüberhörbar, alle Menschen in Not, also auch die Glaubensjuden, an und ermahnt die Katholiken zur »*Liebe ohne Grenzen*«. Wörtlich meint der Kardinal: »... möchte ich euch erinnern, daß ein Christ, ohne die Liebe, wie sie Christus, der Herr, versteht, nicht den Namen eines Christen verdient. Und diese Liebe ... kennt keine räumlichen Grenzen, sie macht keinen Unterschied der Person, sie wendet sich vor allem denen zu, die durch ihre größte Not und Hilfebedürftigkeit uns Nächste geworden sind ...« – Dieses Hirtenwort ist ein wirklich historisches Wort. Mit ihm spricht der Kardinal ganz deutlich alle Verfolgten an, gleichgültig, ob sie der Katholischen Kirche angehören oder nicht. Wichtig ist

allein, jedem, der es notwendig hat, zu helfen, ohne Ansehen seiner Rasse oder seiner Religion. Es war ein mutiges Wort in jenen Tagen, da Hitler sich entschloss, die – nach seiner Terminologie – »*Menschen jüdischer Rasse*«, die sich in seinem Machtbereich befanden, »*auszumerzen*«.

Deportation und Vernichtung

So wurden in den Jahren 1939 bis 1945 insgesamt 67.500 Menschen deportiert, rund 2.000 von diesen überlebten, demnach beträgt die Gesamtzahl der im Dritten Reich ermordeten österreichischen Juden rund 65.000. Die Zahl der nicht-arischen Katholiken hier herauszufinden, ist nicht leicht. Denn bei vielen Transporten fehlten die Konfessionsangaben. Nach Schätzungen der Israelitischen Kultusgemeinde haben die Katastrophe der Verfolgung etwa 193 nichtmosaische Juden, darunter etwa 91 römisch-katholische, überlebt.

Die Aushebungen erfolgten bei Tag und Nacht, ohne vorhergegangene Verständigung. Nur wenige Stunden blieben den Menschen zum Verpacken ihrer wenigen Habseligkeiten. Alle Versuche des Kardinals, über kirchliche und außerkirchliche Stellen, diese Transporte zu verhindern, blieben ohne Erfolg.

Lotte Fuchs, eine nichtarische Katholikin, die von Anbeginn an bis zu ihrer eigenen Deportation am 29. September 1942 das Büro der Hilfsstelle im Erzbischöflichen Palais leitete, hat in beklemmenden Notizen in einer Art Tagebuch die Ausweglosigkeit der Situation der Juden festgehalten. Sie bedürfen keines Kommentars: »*Gegen Abend täglich werden die engen düsteren Gassen laut von vielen Schritten, es waren die ‚Ausheber‘, die jüdischen Schergen, die sich zur Sammelstelle begaben, um in die Wohnungen geschickt zu werden, die Opfer abzuholen.*« Und weiter heißt es: »*Wenn man in den Speisesaal kommt, versucht man, an all den Gesichtern vorbeizusehen. Sie sind alle so ähnlich geworden: In der Farbe und im Ausdruck. Lauter gelb gewordene Gesichter, die die Luft mit einer angstvollen Spannung erfüllen. ... Es ist nichts Alltägliches mehr und nicht mehr selbstverständlich, daß man sich täglich sieht, es ist ein immer neues Wiedersehen und wenn man beim Hereinkommen den Einen oder Anderen nicht gleich erblickt, legt sich ein eiserner Ring um die Brust ...*«.

Am 1. Oktober 1942 verließ die Familie Fuchs mit einem der letzten großen Transporte von 1.290 Deportierten Wien. Der Bericht der Hilfsstelle aus dieser Zeit (Juni 1941 bis Juni 1942) vermeldet: »... *die Lage der Juden ist trostlos. Viele sind unterernährt infolge der schlechten Ernährung, viele in großer materieller Bedrängnis, da es ihnen an Verdienstmöglichkeiten fehlt, an Wäsche, Schuhe und Kleidern. Die allermeisten sind sehr gedrückt und fast völlig verzweifelt infolge der ständigen Aufregungen, der dauernden Umzüge, sie leben in ständiger Angst*

vor der ‚Evakuierung‘ und der ungewissen Zukunft. Selbstmord ist an der Tagesordnung.«

Konkrete Hilfsmaßnahmen

Was die Hilfsstelle dabei tun konnte, war wenig und viel zugleich: In einzelnen Fällen gelang es, Schützlinge von den Listen streichen zu lassen oder wenigstens einen Aufschub zu erreichen. Die Abreisenden wurden mit Geld, Wäsche, Kleidung und Decken versorgt. Mit den nach Polen Deportierten konnte ein relativ intensiver Briefwechsel bis Mitte 1942 aufrechterhalten werden. Dann ging dieser mehr und mehr zurück und hörte schließlich auf. Auch die Korrespondenz mit Theresienstadt entwickelte sich. Bis Ende 1942 waren der Hilfsstelle etwa 20 Adressen in Theresienstadt bekannt, bis Ende 1943 etwa 150. Die Korrespondenz bedeutete für diese Menschen vor allem eine große seelische Hilfe. Ab Weihnachten 1942 wurde mit Paketsendungen nach Theresienstadt begonnen, zunächst 20 bis 50 Pakete monatlich. Ab Juli 1943 stieg die Zahl der Pakete monatlich auf 200 und mehr. Im 2. Halbjahr 1943 wurden laut Aufzeichnungen der Hilfsstelle 1.398 Pakete, im Jahr 1944 insgesamt 7.277 Pakete, jedes ca. zwei Kilo schwer, verschickt. Einzelne Pakete gingen auch nach Ravensbrück, Buchenwald, Birkenau und Auschwitz.

Da es sicher war, dass alle Juden Wiens deportiert werden sollten, somit auch die nichtarischen Katholiken, wurde versucht, diese auf ihr zukünftiges Leben, allein, ohne Kirche und Priester, ohne Sakramente und Gottesdienst, vorzubereiten. In einem wöchentlich zusammenkommenden Kreis von Mitarbeitern und geeigneten nichtarischen Katholiken wurde alles durchbesprochen, was letztlich auf sie zukommen könnte, wie unter diesen Umständen trotzdem ein christliches Leben weitergeführt werden könne, wie man für andere Trost und Kraft aus dem Glauben schöpfen könne, wie man Kranken und Sterbenden beistehen, wie man Kinder taufen und Gottesdienste feiern könne. Das Wertvollste, was diesen Menschen mitgegeben wurde, war, im Einvernehmen mit Kardinal Innitzer, ein Behälter mit Hostien, für die Stunden äußerster Not und Gefahr. So begleitete diese Menschen zwar kein geweihter Priester, dafür aber der Herr selbst auf ihrem Weg in den Tod.

Die Gemeindechronik von Theresienstadt – ein einzigartiges Dokument

In Theresienstadt, wo die meisten der aus Wien deportierten Juden zunächst hinkamen, bildete sich im Lauf der Zeit eine kleine katholische Gemeinde, die sich zum großen Teil aus Mitgliedern der Hilfsstelle zusammensetzte. Es wurden

eine eigene Gemeindechronik und eigene Matriken geführt. Wie durch ein Wunder hat die Chronik den Krieg überlebt und ist heute eine einzigartige Quelle des Überlebenswillens, des Mutes und der Menschlichkeit inmitten einer unmenschlichen Zeit. Es wurden Gottesdienste und Vortragsabende, Glaubenskurse und Fürsorgedienste eingerichtet, und auf diese Weise konnte auch hier im Lager ein Minimum an Menschlichkeit und Würde aufrechterhalten werden. Sehr wichtig war aber auch hier die Verbindung mit der alten Heimat, wie zahlreiche Briefe und Karten, an die Hilfsstelle adressiert, beweisen, die sich erhalten haben.

Die allgemeine Fürsorge der Hilfsstelle umfasste alle nur denkbaren Bereiche des menschlichen Lebens. Bei der Fülle von Maßnahmen und Verordnungen gegen die Juden, die sich oft überstürzten und von Tag zu Tag ändern konnten, kamen viele zur Hilfsstelle, um sich über den neuesten Stand informieren zu lassen: Das ging von Auskünften über Transporte in den Osten über Rechtsfragen in Wohnungs- und Schulangelegenheiten, über Vermittlung von ärztlicher Hilfe bis hin zu der Frage, wo in dieser Zeit ein Nichtarier bestattet werden könne. Dokumentenbeschaffung, Medikamente, Brillen, es gab nichts, was nicht an die Hilfsstelle herangetragen wurde. Das Vertrauen war grenzenlos, viele suchten aber auch nur menschliche Nähe und Gelegenheit zu einem persönlichen Gespräch in ihrer großen Verlassenheit.

Mischehen

Ein Problem besonderer Art waren die rassischen Mischehen, das heißt, Ehen zwischen einem jüdischen und einem arischen Partner, im Sinne der Nürnberger Gesetze. War die Frau der jüdische Teil oder gehörten die Kinder bei Inkrafttreten der Nürnberger Gesetze nicht der jüdischen Religionsgemeinschaft an, so galten diese Ehen als privilegierte Mischehen, der jüdische Teil brauchte den Stern nicht zu tragen und erhielt arische Lebensmittel- und Kleiderkarten. So brachte die NS-Herrschaft eine große Unsicherheit und Ungewissheit sowie drückende Sorgen über die betroffenen Menschen. Viele rassische Mischehen brachen unter den Gesetzen, der teuflischen Propaganda, zusammen, manche Partner gingen unter diesem Druck auseinander. Dadurch wurde der jüdische Teil völlig schutzlos. Die Ärmsten waren wohl die Kinder.

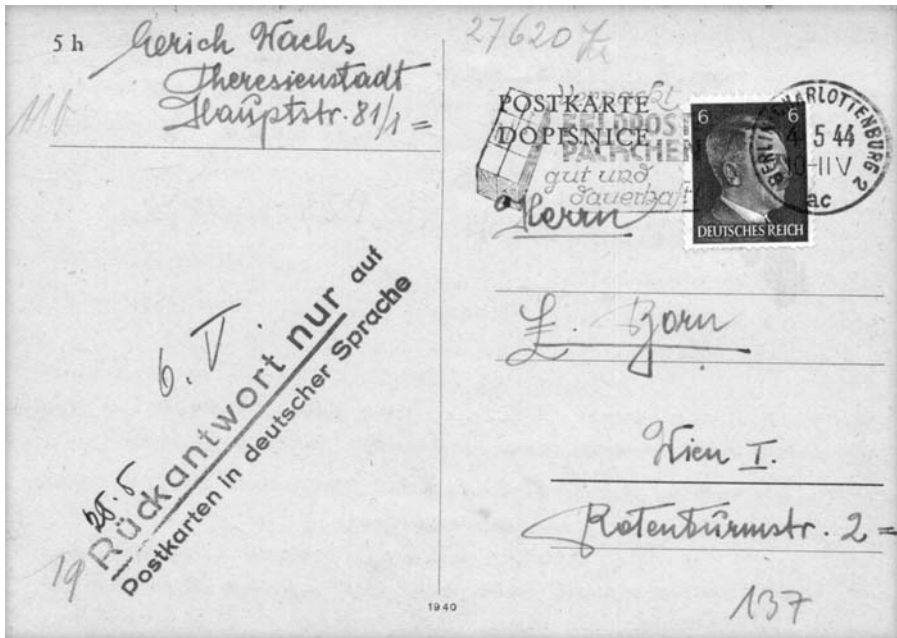
Am 20. Jänner 1942 fand in Wannsee eine Konferenz statt, die sich mit der so genannten »*Endlösung*« der Judenfrage im Besonderen befasste. Die Nachricht, dass die Zwangsscheidung aller noch bestehenden Mischehen unmittelbar bevorstehe, veranlasste Kardinal Innitzer, sich am 3. April 1943 noch einmal direkt an den Papst zu wenden: »... *die Durchführung der Ehescheidung, die auf Grund eines neuen Gesetzes erfolgen soll, bedeutet für den nichtarischen Teil*

Deportation in den Osten, ein Zerreißen der bestehenden, zumeist kirchlich geschlossenen Ehen, ein unsicheres Schicksal der vielen Mischlingskinder aus diesen Ehen, natürlich auch in vielen Fällen für den zurückbleibenden arischen Teil schwere seelische und wirtschaftliche Not ... Das mir stets nahe gehende herzerreißende Leid so vieler meiner Diözesanen und ihr namenloses Elend läßt mich Eure Heiligkeit bitten und anflehen, alles, was etwa in der Macht Eurer Heiligkeit steht, zu veranlassen, ... daß diese geplanten Maßnahmen, wenn möglich, un-terbleiben ...«. Hier wird die ganze schreckliche Hilflosigkeit deutlich.

Kriegsende und Weiterarbeit in der Besatzungszeit

Die letzten Jahre der NS-Herrschaft standen unter dem Zeichen der Kriegseignisse, der sich ständig verschlechternden Versorgung, der immer stärker einsetzenden Bombenangriffe, und schließlich am Ende der näher rückenden Front. Gerade der 2. Bezirk, in dem der größte Teil der Juden lebte, wurde besonders stark bombardiert. Viele Juden kamen verstört in die Hilfsstelle, weil sie sich mit dem gelben Judenstern nicht in die Luftschutzkeller trauten. Auch für die »U-Boote« wurde es immer gefährlicher. Je mehr sich allerdings das Ende des Krieges abzeichnete, umso ungehinderter konnten die Nichtarier wieder auf die Straße gehen. Jeder hatte nun genug mit sich selbst zu tun. Die Bomben machten keinen Unterschied zwischen Ariern und Nichtariern.

Das Ende des Krieges und damit der NS-Herrschaft brachte auch das Ende der Nürnberger Gesetze und aller übrigen unmenschlichen Ausnahmebestimmungen für die Juden. Es gab nun keine Gestapo mehr und keinen Judenstern. Die Hilfsstelle konnte wieder frei arbeiten, die sowjetische Besatzungsmacht behinderte ihre Arbeit nicht. Ihre Arbeit erreichte nun noch einmal einen Höhepunkt, da viele Hilfsaktionen, vor allem ausländische, nicht wussten, dass auch Katholiken jüdischer Abstammung genauso verfolgt wurden, wie ihre mosaischen Rassegenossen. Daher saßen die nichtarischen Katholiken wieder zwischen sämtlichen Stühlen. Zu dieser Zeit ging dann die Hilfsstelle in der Caritas der Erzdiözese Wien auf. In der Folge wurde versucht, die Schützlinge der Hilfsstelle in die Obhut der Pfarren und der Pfarrcaritas zu entlassen, damit das bisher erzwungene Ghettodasein langsam aufhöre. Im Februar 1946 kam es nach einer Besprechung mit dem Internationalen Roten Kreuz zur Gründung eines »Hilfsausschusses für rassisch geschädigte christliche und konfessionslose Österreicher«.



Karte eines Deportierten aus dem Konzentrationslager
Theresienstadt an P. Ludger Born, den Leiter der Erzbischöflichen Hilfsstelle
für nichtarische Katholiken

Meine Lieben! 19/II. 1944.

Sch habe mich wieder sehr
gefreut über die lieben Sendungen, die ich von Euch
bekommen habe. Ihr könnt Euch kaum vorstellen
wieviel diese lieben Grüße für uns bedeuten. Ganz
besonders hat mich der Kartengrund gefreut, der
mir übermittelt wurde. War es doch der erste persönliche
Grüß an mich aus der Heimat. Meine Gedanken und
meine Sehnsucht weilen immer in Wien.

Habt Ihr Nachricht von Tante Edith?
Mir würde viel daran liegen von ihr Näheres zu hören,
sie bleibt mir unvergessen. Hören bitte ich Euch
Fam. Marinetz, 2. Schifung. 6 h. besonders sehr. Verena,
herzlich von mir grüßen zu lassen. ~~Wieder~~ H

Wird nochmals vielen Dank für
all Euer Gedanken und bitte schreibt mir recht bald
und ausführlich. Viele liebe Grüße Erich Nachs

Urteil eines Zeitzeugen

So kann man zusammenfassend feststellen: Als Einzelperson hat Kardinal Innitzer, in Zusammenarbeit mit seinem Team, welchem er die Arbeit in prinzipieller und finanzieller Hinsicht ermöglicht hat, Hunderten so genannten »*nichtarischen*« Menschen das Leben gerettet. Als katholischem Bischof mögen ihm die »*nichtarischen Katholiken*« vielleicht mehr am Herzen gelegen sein. Als Mensch, der eingebunden war in das nationalsozialistische Schreckensreich, hat er – in bewusstem Widerstand gegen das menschenverachtende Regime – »*Menschen*« gerettet, ohne Rücksicht auf Religion und »*Rasse*«. Er hat darüber hinaus vielen Todeskandidaten die letzte Lebenszeit erträglich und – mit aller Vorsicht ausgesprochen – menschlicher und würdevoller zu machen versucht und das auch erreicht, wie erschütternde Briefe aus Polen und Theresienstadt es beweisen, die heute im Diözesanarchiv Wien aufbewahrt sind.

P. Born, der von Kardinal Innitzer eingesetzte Leiter der Hilfsstelle, schrieb nach dem Kriegsende einen abschließenden Bericht über seine Arbeit in den letzten fünf Jahren nieder; dabei geht er auch auf die Rolle des Kardinals ein. P. Born schreibt hier wörtlich: »... *Letztlich gebührt das Verdienst und der Dank Kardinal Innitzer, der auch hier seinem Wahlspruch treu blieb: ‚In caritate servire‘. Er war wohl der einzige Bischof damals im großdeutschen Raum, der in seinem Palais eine Hilfsstelle für rassistisch Verfolgte einrichtete. ... Der Kardinal nahm an der Arbeit seiner Hilfsstelle persönlich starken Anteil, ließ sich ständig berichten, stellte zum größten Teil die erforderlichen Mittel zur Verfügung, keine Summe war ihm zu hoch, oft genug half er mit Lebensmittelmarken aus, wurde nicht müde, bei allen kirchlichen und außerkirchlichen Stellen vorstellig zu werden, um die Deportationen zu verhindern ... Alle rassistisch Verfolgten, ob Träger des gelben Sternes oder nicht, konnten nicht nur zu jeder Zeit in die Hilfsstelle kommen, sondern auch ohne jede Anmeldung zum Kardinal selbst gelangen. Jeden einzelnen nahm der Kardinal mit wahrhaft brüderlicher Liebe auf. Keiner ging ungetröstet von ihm. Gestärkt und aufgerichtet durch sein Wort und seine Güte, mit seinem Segen, gingen so viele in die Fremde, in ein fernes, dunkles Schicksal, in den sicheren Tod.*«

Die Würde des Menschen

Franz Kardinal König*

Ich sehe es nicht als Zufall, wenn wir heute nochmals zusammenkommen, um in der an großen Reminiszenzen reichen Wiener Staatsoper der Ereignisse vor 50 Jahren zu gedenken. Denn: Künstlern eignet in der Regel eine besondere Sensibilität für die Größe und Gefährdung des Menschen, für seine Verantwortung und für seine unzerstörbare Würde.

Diese Würde des Menschen ist in seiner Freiheit begründet, aber auch – lassen Sie mich als Christ diese Überzeugung vor Ihnen aussprechen – in seiner Gottesebenbildlichkeit. Denn: »*Gott schuf den Menschen nach seinem Bild*«, heißt es auf den ersten Seiten der Genesis. Gerade weil Künstler dieses feine Gespür für die Würde des Menschen, für seinen Wert und seine unaufgebbare Würde haben, deswegen sind wir in diesem Hause versammelt, um uns in Erinnerung zu rufen, was damals vor 50 Jahren geschehen ist, welche Konsequenzen wir daraus ziehen müssen.

Dabei soll es um ein Gedenken gehen, nicht um die so genannte Bewältigung der Vergangenheit. Die Vergangenheit, so meine ich, lässt sich nicht bewältigen. Das Geschehene lässt sich nicht ungeschehen machen. Wir können die Vergangenheit nur bedenken und zutiefst betrauern. Wir können und wollen durch die leidvolle Auseinandersetzung mit der Vergangenheit den Blick auf die Gegenwart und die Zukunft richten. Dies in der Absicht, unser Denken, Sprechen und Handeln so einzurichten, dass nie wieder die Nacht des Hasses, der Unmenschlichkeit und der Diktatur über unser Land hereinbrechen kann.

Wenn wir uns so auf die gemeinsame Vergangenheit besinnen – und viele tun es heute wohl mit uns –, dann ist dies ein Akt fern aller Tagespolitik. Es ist ein Akt fern jeden Versuchs, die Geschichte gleichsam als Arsenal zu verwenden, um Waffen für den politischen Tagesstreit der Gegenwart zu schmieden. Als Angehöriger einer Altersgruppe, die diese Ereignisse miterleben und miterleiden musste,

* Kardinal Franz König (1905 – 2004), emeritierter Erzbischof von Wien und langjähriger Vorsitzender der Österreichischen Bischofskonferenz, hielt diese Ansprache am 13. März 1988 anlässlich der Gedenkfeier der Künstler in der Wiener Staatsoper.

möchte ich es in aller Offenheit aussprechen: Es hat mich sehr betroffen gemacht, in welchem Umfang dieser Missbrauch der Geschichte bereits geschehen ist. Auch in einem solchen Falle scheint es fast, als müssten wir in unserem Lande in bedrückender Weise das Wort eines bekannten Historikers erfahren: *»Wer die Geschichte vergessen will, ist dazu verurteilt, sie noch einmal zu durchleiden.«*

Aber ich habe – trotz allem – die begründete Hoffnung, dass die positiven Kräfte in unserem Lande stärker sein werden. Ich hoffe, dass aus der schmerzlichen Beschäftigung mit den Ereignissen der Vergangenheit noch einmal die Bereitschaft zum *»Miteinander«* wächst; jene Bereitschaft, die den Wiederaufbau Österreichs nach 1945 möglich gemacht hat.

Wenn wir uns in diesen Tagen einem solchen geschichtlichen Rückblick gestellt haben, dann geschah es in erster Linie in tiefer Betroffenheit, um in Ehrfurcht der Opfer zu gedenken. Auch der Opfer dieses Hauses, wie es Direktor Drese soeben getan hat. Am Anfang stand der Hass, am Ende Tod, Verwüstung, Zerstörung für alle. Im Jahre 1945 waren die Ruinen dieses Hauses dafür eines der bedrückendsten Symbole. In bedrängender Weise steigt damit die Erinnerung an Sätze aus der Bergpredigt vor uns auf: *»Hütet euch vor den falschen Propheten ..., an ihren Früchten werdet ihr sie erkennen. Jeder gute Baum bringt gute Früchte hervor, ein schlechter Baum aber schlechte.«*

Es kann nicht unsere Aufgabe sein, gleichsam nochmals an die Brust jener zu klopfen, die damals gelebt haben. Vergeben kann aber nicht vergessen heißen. Wir müssen uns aufs Neue die Mühe machen, mitzudenken, mitzufühlen, mitzuliden, mit den Menschen von damals. Wir können nicht einfach nur die offiziellen Zahlen der Statistik zur Kenntnis nehmen. Auch wenn wir unsere Freunde im Ausland gelegentlich daran erinnern müssen, dass abgesehen von den mehr als 65.000 jüdischen Österreichern, die getötet worden sind, an die 20.000 Österreicher durch die NS-»Justiz« und Gestapo ermordet, an die 17.000 Menschen als politische Häftlinge in KZs gestorben sind. Dazu kommen nach vorsichtigen Schätzungen rund 15.000 österreichische Bombenopfer und 250.000 Landsleute, die in einem Krieg, der nicht der ihre war, gefallen sind.

Aber hinter jeder dieser einzelnen Zahlen stehen ungezählte menschliche Schicksale, stehen Menschen mit ihrer Liebe zum Leben, mit ihrer Angst vor dem Tod. Jede dieser Zahlen ist eine Chiffre für viele Tausende von Menschen, die gedemütigt, gehetzt, geknechtet, gebrochen und schließlich einer sinnlosen Vernichtung ausgeliefert worden sind. Die Wunden von damals sind noch immer nicht vernarbt. Die Unsumme von Leid lastet noch immer auf unsrem Land. Immer wieder brechen die Wunden auf, wie wir es gerade in den letzten Monaten erlebt haben.

Wenn wir aus der Geschichte lernen wollen – und darum geht es –, so müssen wir uns auch bemühen, die Geschichte zu verstehen. Wir müssen uns die Frage stellen, wie es dazu kommen konnte. Wir müssen die Zeitumstände berücksichtigen; denn es geht nicht einfach darum, andere zu verurteilen, es geht vielmehr darum, uns selbst die Frage des Gewissens zu stellen: Wie habe ich gehandelt? (oder als Nachgeborener: Wie hätte ich gehandelt?), vor allem aber: Wie handle ich heute, auf dem Hintergrund der Erkenntnisse über die Ereignisse vor 50 Jahren?

Wir müssen uns damit auch der Frage der Schuld stellen. Eine Kollektivschuld gibt es nicht. Schuld ist immer etwas, was den Kern der Person betrifft. Da steht jeder Einzelne vor seinem eigenen Gewissen und vor seinem persönlichen Richter. Wohl aber gibt es eine Schuldverwobenheit. Sie anzuerkennen, bedeutet auch Verpflichtung zur Solidarität der Reue – nicht nur in schönen Worten –, sondern zur Solidarität in der Bereitschaft zur Wiedergutmachung. Wenn wir die Entwicklung von 1945 an prüfend analysieren, dann müssen wir uns eingestehen, dass es an dieser Solidarität oft gefehlt hat. So verständlich das ist in den Sorgen des Wiederaufbaues und einer zehn Jahre dauernden Besatzung, verbunden mit einem Horror, an eine leidvolle, schreckliche Vergangenheit immer wieder erinnert zu werden.

Damit steht aber doch die Tatsache vor uns: Damals haben viele den falschen Propheten wirklich geglaubt. Sie haben jene nicht durchschaut, die mit einer perfekten Propaganda, einer »*Psychologie der Massen*« das vernünftige Denken und Überlegen durch Emotionen überrannten (es waren falsche Propheten, die ihr Haus auf Sand zu bauen versuchten!). Das gelang überall dort leichter, wo man das Wissen und Empfinden für gut und böse, für Recht und Unrecht bereits über Bord geworfen hatte, wo Bequemlichkeit und Feigheit dominierten. Falsche Propheten gab es, gibt es nicht nur in Österreich. Sie zu erkennen und ihnen Widerstand zu leisten, auch das sollten wir aus der Geschichte lernen.

Unsere jungen Menschen fragen uns heute sehr beharrlich: Wie konntet ihr das alles zulassen? Es geschah doch unter euren Augen. Hier in Wien wurden die Menschen aus ihren Wohnungen gezerrt, gedemütigt, geschlagen, ja getötet. Es ist nicht leicht, darauf zu antworten. Wir können nicht einfach die Situation von heute auf damals übertragen. Man muss sich vor Augen halten, dass die schweigende Mehrheit derer, die auf eine materielle Besserstellung hofften (in Österreich gab es damals über 600.000 Arbeitslose!), zunächst einfach nicht glauben wollte, was man von der Brutalität der Machthaber hörte. Und außerhalb der großen Ballungszentren unseres Landes war jener von Zuckmayr beschriebene »*Hexensabbat des Pöbels*« – Direktor Drese hat ihn zitiert – nicht in dem Ausmaß

zu spüren. Erst allmählich setzte sich im ganzen Land die Wahrheit über die terroristische Natur des Regimes durch.

Wenn wir aus der Geschichte lernen wollen, so muss es vor allem auch um die Wahrheit gehen. Und diese ist nicht allein dort gegeben, wo man nur von den jubelnden Massen auf dem Heldenplatz spricht. Die Fotos und Bilder jener Tage – daran müssen wir gelegentlich auch unsere ausländischen Freunde erinnern – zeigen nicht die ganze Wirklichkeit. Zu einem vollständigen Bild gehören auch die vielen, die nicht auf die Straße gegangen sind, sondern zu Hause gewiegt haben. Ich selbst war in jenen Tagen Zeuge dieser vielen. Zu diesem vollständigen Bild gehören die nicht wenigen jüdischen und nichtjüdischen Österreicher, die in ihrer Verzweiflung nur den Selbstmord als Ausweg gesehen haben. Zu diesem Bild gehören auch die Züge voll von politischen Gefangenen, die schon wenige Tage nach dem Anschluss in Richtung Dachau rollten.

Zur Wahrheit der Bilder jener Zeit gehört auch, dass es in den düsteren Jahren von 1938 bis 1945 nicht nur Schuld und Versagen durch Wegschauen und Mittun gegeben hat. Es war auch eine Zeit der stillen Tapferkeit und des unbedankten Heroismus, durch die Zuwendung, Hilfsbereitschaft und Liebe zum Nächsten, trotz aller Drohungen einer Terrorherrschaft. Es waren nicht nur Ausnahmen, die die Selbstliebe zum Maßstab ihrer Nächstenliebe gemacht haben, wie es die Botschaft Christi uns nahelegt. Auch das gehört zu unserer Geschichte. Vielleicht haben wir es in den vergangenen Jahrzehnten verabsäumt, das Gedenken an solche stillen Helden wachzuhalten, die sich selber nicht aufdrängten.

Trotz allem stelle ich nochmals die Frage: Wie konnte es geschehen, dass all das, was Christentum, menschliche Humanität und Solidarität den Menschen vermitteln wollten, gerade in jener Zeit so wenig prägende Kraft besaß? Abgesehen von politischen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Aspekten unseres Landes möchte ich auf den geistigen Hintergrund aufmerksam machen, auf dem die Ereignisse zu sehen sind. Ja, als ein Vertreter der katholischen Kirche dieses Landes will ich mit schmerzlichem Bedauern eingestehen, dass wir – vielleicht nicht allein – zu wenig getan haben, um die Menschen gegen die Verlockungen, gegen die Schlagworte der falschen Propheten eines Nationalsozialismus zu immunisieren. Ein NS-Regime konnte an vieles anknüpfen, das bereits in den Jahrzehnten davor zu den allgemein anerkannten Haltungen zählte: Antisemitismus und der Kult eines rassistisch akzentuierten Deutschtums, die Abgrenzung gegenüber den anderen, »*die eine andere Sprache sprechen*«, waren mit verschiedenen Akzenten in allen politischen und weltanschaulichen Lagern bereits vorhanden. Neu war die konsequente Umsetzung in ein terroristisches System.

Im Rückblick auf die leidvolle Geschichte der dreißiger und vierziger Jahre können wir nicht verschweigen, welche Rolle dabei der Antisemitismus gespielt hat. Als Mann der Kirche muss ich nochmals sagen – es haben es andere vor mir schon gesagt –, dass wir als Christen uns der Schuld bewusst sind, einem christlich-religiös verbrämten ebenso wie einem nationalen Antisemitismus nicht entsprechend entgegengetreten zu sein. Religiöse Oberflächlichkeit, ungerechte Verallgemeinerung von Vorgängen in der Passionsgeschichte der Bibel, irreführendes nationalistisches Denken wurden zu einer schwärenden Wunde am Leib der Kirche, haben viel Unheil über unschuldige Menschen gebracht.

Papst Johannes Paul II. hat bei seinem Besuch in der römischen Synagoge die Juden als die »*älteren Brüder der Christen*« bezeichnet und ich füge hinzu: Die Apostel waren Juden und die ersten Christengemeinden waren es ebenso. Nicht nur rassistischer Nationalismus, sondern auch zeitweise weitverbreiteter christlicher Antisemitismus waren schuld, dass sich so wenig helfende Hände regten, als die Nationalsozialisten darangingen, ihre Vorstellungen eines rassistischen Antisemitismus in die Praxis umzusetzen. Ich erinnere an Pius XI. mit seiner Feststellung, dass wir »*geistlicherweise alle Semiten sind*«. Aber erst das II. Vatikanische Konzil hat – gegen manche Widerstände – mit aller Entschiedenheit eine Kollektivschuld des jüdischen Volkes am Tode Jesu zurückgewiesen, die unauflösliche Verbundenheit des Neuen Testaments mit dem Alten Testamente Israels nachdrücklich betont. Und so wurde hier endlich das Gemeinsame in den Vordergrund gestellt, wo geistige Verwirrung so lange Zeit eine Trennung sehen wollte.

Dies sei noch einmal ein Hinweis auch für uns, aus der Geschichte zu lernen, das Gemeinsame vor das Trennende zu stellen. Wenn ich an die Zeit des Wiederaufbaues nach 1945 denke, so waren es vor allem Frauen und Männer, die aus den Konzentrationslagern, den Gefangenentransporten zurückgekehrt sind, die den Grundstein für den Wiederaufbau der Heimat gelegt haben. Sie waren keine Anwälte einer billigen Versöhnung, ihre Kraft kam vielmehr daher, dass sie den Hass überwunden hatten, dass sie fähig waren zum Gespräch und zur Zusammenarbeit. Ich glaube, dass wir das Werk dieser Menschen heute nicht in Zweifel ziehen dürfen. Jenes demokratische Österreich, das schließlich seinen Bürgern die materiellen Lebenschancen wieder sichern konnte, beruht auf dem, was die Männer und Frauen der ersten Stunde und in schweren Aufbaujahren danach geleistet haben. Für nicht wenige von ihnen war es fast unerträglich, darüber zu sprechen, was sie in vergangenen Jahren erfahren und erlebt hatten. Der Schrecken einer NS-Herrschaft war aber dabei immer noch präsent. Die Verdrängung begann wohl erst später, als mit zunehmendem Wohlstand nur mehr die materiellen Fragen in den Vordergrund rückten.

Geschichtlich gesehen war in unserem pluralistischen und demokratischen Gemeinwesen nach 1945 die gemeinsame Wertbasis wohl mehr als ein kleinster gemeinsamer Nenner. Es war eine breite Plattform, auf der sich Vertreter verschiedener politischer Überzeugungen, Christen und Humanisten, treffen konnten. Die Grundlage dafür war der tiefe Respekt vor der menschlichen Würde, vor dem menschlichen Leben, in jeder Phase seiner Existenz. Ist nicht in unserer Zeit die Missachtung jener gemeinsamen Wertbasis, das Missachten einer Rangordnung der Werte, schließlich eine der Ursachen, warum viele junge Menschen der Gesellschaft von heute mit Skepsis und Misstrauen gegenüberstehen?

Der historische Zufall will es, dass unser Bedenken der Ereignisse vor 50 Jahren zusammenfällt mit einer inneren Unruhe und Spannung in unserer Heimat. Gerade auf dem Hintergrund der Erfahrungen der dreißiger und vierziger Jahre müssen wir den Weg zu einer neuen Gemeinsamkeit finden. Zu einer Gemeinsamkeit, die dieses Österreich als ein Haus für alle sieht; ein Haus mit offenen Türen und offenen Fenstern, eine Heimstätte für Verfolgte, ein Land, das seinen Bürgern Geborgenheit und Möglichkeit zu einem erfüllten Leben gibt. Lassen wir uns nicht durch Krisensymptome in Atem halten.

Dieses Land ist reich, nicht zuletzt durch seine Jugend, unter der viele zum Einsatz für den Nächsten in der Nähe und in der Ferne bereit sind. Es gibt auch eine gute und positive Tradition in diesem Lande, auf die wir stolz sein dürfen.

Solche Überlegungen – lassen Sie mich schließlich noch darauf hinweisen – führen zu der Erkenntnis, dass Änderungen von Strukturen allein, gesellschaftliche Wandlungen allein, nicht die Wende zum Guten, zum Besseren, herbeiführen. Letztlich fallen die Entscheidungen in den Herzen der Menschen. Erst eine solche Änderung des Herzens, des inneren Menschen, ist Garantie dafür, dass nie mehr menschliche Würde zu Boden getrampelt, zutiefst verletzt wird. Als Priester und Bischof schlage ich einen Text des Breviergebetes vom heutigen Tag auf und zitiere einen Satz der Heiligen Schrift der Christen: *»Was der Mensch sät, das wird er auch ernten.«* Verehrte und liebe Landsleute: Machen wir unsere Aussaat so, dass für die kommenden Generationen, für die Zukunft unserer Heimat, eine gute Ernte zu erwarten ist!



Die Metropoliten der österreichischen Kirchenprovinzen, Kardinal Christoph Schönborn (Wien) und Erzbischof Alois Kochgasser (Salzburg) legen in der »Halle der Erinnerung« in Yad Vashem einen Kranz zum Gedenken an die Opfer des Holocaust nieder.



Die Mitglieder der Österreichischen Bischofskonferenz in der »Halle der Namen« in Yad Vashem.